

## Regionales

### Die Breslauer Ressource, die „Ressourcen-Zeitung“, die oppositionelle Politik, die Frauen- und die Soziale Frage (1845-1848)

Walter Schmidt

Ende 1845 bildete sich auf Initiative der städtischen Behörden und von Honoratioren der Stadt in Breslau eine städtische Bürger-Ressource. Sie sollte die spontanen Massenzusammenkünfte von Breslauer Bürgern, die vom 30. September bis 28. Oktober 1845 auf den Bahnhöfen stattgefunden hatten, gleichsam in legale Bahnen lenken. Auf diesen sogenannten Bahnhofsversammlungen hatten die Beteiligten gesungen, Toaste ausgebracht und Sammlungen für Arme veranstaltet.<sup>1</sup> Die zwanglosen Bahnhofsversammlungen der Jahres 1845 waren von der Polizei zunächst lediglich überwacht worden. Das schlesische Oberpräsidium hatte zugleich versucht, durch Verhandlungen mit liberalen Wortführern wie dem Arzt Dr. Louis Borchardt und dem Stadtverordneten und Maurermeister Johann Gottfried Tschocke einen Abbruch der Versammlungsbewegung zu erreichen. Als das nicht zum Erfolg führte, schritt man Ende Oktober 1845 nicht zuletzt auf Druck des Berliner Innenministeriums zum direkten Verbot. Eine Protestversammlung gegen dieses Verbot am 28. Oktober 1845, die Borchardt und der „Literat“ August Semrau anführten, und ein von zahlreichen Bürgern unterschriebener energischer offizieller Protest<sup>2</sup> brachten verständlicherweise keinerlei behördliche Konzessionen. Doch bereitete diese Aktion insofern den Boden für die Gründung der Ressource, als nun allen, auch den Behörden, deutlich geworden war, dass fortan mit einem permanenten Druck von unten zu rechnen war, dem man besser ein Ventil verschaffte.

---

1 Zu den Bahnhofsversammlungen und ihrem Verbot siehe J.[ulius] St.[ein]: Die Gründung der städtischen Ressource zu Breslau. I. Die Bahnhofs-Versammlungen, in: Ressourcen-Zeitung. Monatszeitung für Bürger-Ressourcen (RZ), Nr. 1, September 1846, S.1; Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStAPK), I. HA Rep. 77 Tit. 245 Nr. 5: Die polizeilichen Anordnungen wegen der Bürger- und Volksversammlungen in der Provinz Schlesien (18. Januar 1843-1849), Bl. 28-69; J.[ulius] Stein: Geschichte der Stadt Breslau im neunzehnten Jahrhundert, Breslau 1884, S.208-212. Zur Breslauer Ressource siehe auch Christian Gürtler: Vereine und nationale Bewegung in Breslau. Ein Beitrag Breslaus für Freiheit und Demokratie in Deutschland, Frankfurt a. M. 2003, S.61-105, wo jedoch die „Ressourcen-Zeitung“ als Quelle kaum ausgewertet wurde.

2 Siehe Stein, I. Bahnhofs-Versammlungen; GStAPK, I: HA Rep. 77 Tit. 245 Nr. 5, Bl. 59-85; Stein, Geschichte Breslaus, S.211f.

*Die Vorgeschichte der Ressource*

Die Breslauer Bürgerschaft konnte bei ihren spontanen Zusammenkünften wie bei der Konstituierung ihrer städtischen Ressource, wie Julius Stein ausdrücklich hervorhob,<sup>3</sup> auf Erfahrungen in anderen preußischen Städten zurückgreifen. Vor allem die Provinz Sachsen, namentlich deren Metropole Magdeburg, war bei der Erprobung von gesetzlich nicht so leicht zu verbietenden Bürgerversammlungen vorgegangen und wirkte preußenweit als Vorbild. Mitte 1844 hatte sich in Magdeburg eine Bürgerversammlung formiert, die ohne Statuten und offizielle Leitung gleichwohl in regelmäßigen Abständen tagte und vor allem auf die Stadtverordnetenwahlen, die Versammlung der Stadtverordneten und den Magistrat Druck auszuüben wusste.<sup>4</sup> Hier hatten die Volksversammlungen der religiös dissidentischen Lichtfreunde in gewisser Weise den Boden bereitet. In ihrem Gefolge waren in anderen provinziälsächsischen Städten, allen voran in den größeren Halle und Erfurt, aber auch in kleineren wie Nordhausen, Halberstadt, Naumburg, Calbe und Schönebeck Bürgerversammlungen gebildet worden. Die provinziälsächsischen Bürgerversammlungen agierten recht erfolgreich bis zur Revolution. Die neue Organisationsform bürgerlicher Opposition strahlte auf andere preußische Provinzen aus, sowohl aufs Rheinland und auf Westfalen als auch nach Ostpreußen, wo sich zumeist allerdings festere Organisationsstrukturen bildeten. Überall entwickelten sich die lockeren Bürger-Organisationen zu Zentren der bürgerlichen Opposition, auf die auch demokratische Kräfte Einfluss gewannen.

In Schlesien waren die ersten Versuche, Bürgerversammlungen zu konstituieren, nicht von der Hauptstadt, sondern von mittleren und kleinen Städten der Provinz ausgegangen.<sup>5</sup> In Frankenstein bestand bereits seit 1843 ein Verein unter Leitung des Bürgermeisters Pohlenz, dem aber nur Magistratsmitglieder, Stadt-

---

3 Siehe Stein, I. Bahnhofs-Versammlungen.

4 Dazu siehe Jürgen Engelmann: Die Rolle der Bürgerversammlungen und des „Magdeburger Wochenblatts für Angelegenheiten des bürgerlichen Lebens“ für die Entfaltung der bürgerlich-liberalen Oppositionsbewegung in Magdeburg 1843 bis 1847/48, Diss. phil., Pädagogische Hochschule „Erich Weinert“ Magdeburg 1988, S.43ff.; zur Ausstrahlung insbesondere S.163-181; ders.: Bürger- und Volksversammlungen als Träger der bürgerlich-antifeudalen Opposition und Kristallisationspunkte der liberalen und demokratischen Parteien in Preußen am Vorabend der Revolution von 1848/49, in: Helmut Reinalter (Hrsg.): Politische Vereine, Gesellschaften und Parteien in Zentraleuropa 1815-1848/49, Frankfurt a. M. 2005, S.273-295; ferner Roswitha Willenius: Die Entwicklung der antifeudalen bürgerlichen Oppositionsbewegung in der preußischen Provinz Sachsen nach dem Wiener Kongreß bis zum Vorabend der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 unter besonderer Berücksichtigung der Provinziallandtagsverhandlungen, Diss. phil., Pädagogische Hochschule „Erich Weinert“ Magdeburg 1985, S.130-162; Helmut Asmus: 1200 Jahre Magdeburg. Von der Kaiserpfalz zur Landeshauptstadt. Eine Stadtgeschichte, Bd. 3: Die Jahre 1848 bis zur Gegenwart, Eigenverlag Prof. Dr. Helmut Asmus, Magdeburg 2005, S.22-26.

5 Zum Folgenden siehe GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 245 Nr. 5, Bl. 1-77.

verordnete und Lehrer angehörten, während andere Bürger ausdrücklich ausgeschlossen blieben. Im November 1844 hatte ein Glogauer „Komitee des Vereins für Bürgerversammlungen“ aufgerufen, anlässlich der Feier vom 19. November zur Erinnerung an die Einführung der Städteordnung einen Verein namens Bürgerversammlung zu gründen. Er sollte sich einsetzen für eine Fortentwicklung der Kommunalverfassung, die Belebung des Gemeinsinns und die Förderung von Gewerbe und Industrie. Im Februar 1845 hatte Guttentag im oberschlesischen Kreis Lublinitz Statuten einer Bürgerversammlung vorgelegt.

Innenministerium und Provinzialbehörden reagierten umgehend. Der Innenminister verlangte sofort unbedingte polizeiliche Genehmigung dieser Bestrebungen, was auch geschah, und deren permanente polizeiliche Beobachtung. Die Regierungen in Liegnitz und Oppeln erteilten die Genehmigungen für die Vereinsbildung, zumal kirchliche und politische Themen nicht vorgesehen waren. Diese ersten, sicher auch unter dem Eindruck der provinziälsächsischen Ereignisse stehenden Bemühungen um Bürgerversammlungen hatten ungeachtet ihrer von oben gesteuerten Aktivitäten entweder – wie die Zusammenkünfte in Guttentag – keinen längeren Bestand oder blieben – wie der Glogauer Versuch – ohne nachhaltige Wirkung auf das oppositionelle Leben in Schlesien.<sup>6</sup>

Gegenüber diesen frühen Bestrebungen in Schlesien, Bürgerzusammenkünfte ins Leben zu rufen, wiesen die Breslauer Bahnhofsversammlungen deutlich eine neue Qualität auf. Hier war man von vornherein ohne jedwede behördliche Genehmigung vorgegangen. Initiatoren waren nicht städtische Honoratioren, wenngleich sicher ein freilich stets geleugneter Einfluss liberal-oppositioneller Elemente nicht ausgeschlossen werden darf, sondern es handelte sich um zumindest überwiegend spontane Aktionen, die schnell wirklichen Massencharakter annahmen. 300 Teilnehmer zählte die erste, schon 800 die zweite Versammlung; 400 trafen sich trotz Verbotsankündigung immerhin noch bei der letzten in den Räumen eines Kaffees, die am 28. Oktober aufgelöst wurde. Und schließlich war es jetzt die Hauptstadt Schlesiens, die zweitgrößte Stadt Preußens, und nicht ein Provinzstädtchen, von wo eine solche Bewegung ausging. Das preußische Innenministerium, längst aufgeschreckt von den Entwicklungen in der Provinz Sachsen und vielleicht mehr noch von den radikaleren Tendenzen in Königsberg, forderte daher von Anfang an wegen angeblicher Gefährdung von öffentlicher Ruhe und Ordnung massive Repressionsmaßnahmen und rigorose Unterdrückung. Das schlesische Oberpräsidium folgte dem weitgehend bereitwillig. Der preußische Innenminister wollte nach der letzten Versammlung wegen der Rede von Semrau, der die Regierung für nicht befugt erklärt hatte, ein Verbot aufgrund der Bundestagsbeschlüsse von 1832 auszusprechen, gerichtlich einschreiten. Der schlesische Oberpräsident lehnte das allerdings mit der einleuchtenden Begründung ab, dass die beiden Redner nichts sehnlicher wünschten, da

---

6 Siehe ebenda, Bl. 74.

„sie wohl wissen, daß ihnen eine erfolglose Untersuchung nur Triumphe bereitet“.<sup>7</sup>

In die Periode der Bahnhofversammlungen fällt auch ein Fest im alten Theater anlässlich des Geburtstags des Königs am 15. Oktober 1845, an dem etwa 500 Bürger teilnahmen und das bereits die spätere Spaltung der Oppositionsbewegung in Liberale und Demokraten anzeigte. Organisiert worden war es von radikalen Demokraten, deren Namen auch in dem kurzen Bericht von Julius Stein darüber nicht genannt werden.<sup>8</sup> Doch beteiligten sich durchaus angesehene Bürger, auch Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, während Polizeibeamten der Zutritt verwehrt wurde. Die hier gehaltenen Reden waren so entschieden oppositionell und radikal, dass kein Blatt in Breslau darüber zu berichten wagte. Die vom schlesischen Oberpräsidenten Magnus v. Wedell eingeleitete Untersuchung lief ins Leere, weil sich kein Denunziant fand. Diese Veranstaltung gilt als erste öffentliche Aktion der „Führer der radikalen Partei“ in Breslau, die „sich teilweise von der bloß liberalen Partei lossagte. Man kann dieses Fest als einen Vorläufer der Bewegungen von 1848 betrachten. Die fortschreitende Reaktion in den politischen und religiösen Angelegenheiten brachte die radikale Partei, die sich früher unter der liberalen verbarg, immer mehr empor.“<sup>9</sup>

In Breslau kannte man die neu entwickelten Formen von politischer Bürgerpartizipation in der Provinz Sachsen; über Naumburg etwa berichtete die „Ressourcen-Zeitung“.<sup>10</sup> Wahrscheinlich waren die bald verbotenen Bahnhofversammlungen von 1845 sogar ein Versuch, es Magdeburg gleichzutun. Nach dessen Scheitern suchten die liberalen Elemente der Stadt, voran im Magistrat wie in den Kreisen der Stadtverordneten, eben nach anderen, von der Staatsmacht nicht so rasch wieder auszuschaltenden Formen. Dabei machte die Königsberger Bürgergesellschaft, trotz oder wegen ihres Schicksals, auf sie offenbar einen besonderen Eindruck. Diese hatte sich bereits Mitte Dezember 1844 gebildet und umfasste einen Monat später etwa 700 Mitglieder.<sup>11</sup> Ihr gehörten Handwerksmeister, die die Mehrheit bildeten, Gesellen, Kaufleute, Händler und einige Intellektuelle an. Die Gründer der Königsberger Bürgergesellschaft wollten die Mitglieder in ihren gemeinsamen Interessen als Bürger und Menschen fördern, aber

---

7 Ebenda, Bl.68f.

8 Siehe Stein, Geschichte Breslaus, S.216.

9 Ebenda.

10 Siehe RZ, Nr. 2, Oktober 1846, S.7.

11 Siehe Peter Schuppan: Johann Jacoby und seine politische Wirksamkeit innerhalb der bürgerlich-demokratischen Bewegung des Vormärz (1830-1846), Diss. phil., Berlin 1963; ders.: Johann Jacoby, in: Männer der Revolution von 1848, Berlin 1970, S.243f.; ders.: Johann Jacoby und die antifeudale Opposition in Preußen am Beginn der 40er Jahre, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 7, Berlin 1972, S.97-139; Edmund Silberner: Johann Jacoby. Politiker und Mensch, Bonn-Bad Godesberg 1976, S.140-153; Rolf Weber: Das Unglück der Könige... Johann Jacoby 1805-1877. Eine Biographie, Berlin 1987, S.101-108.

zugleich Aufklärung betreiben. Aber schon Ende April 1845 traf sie trotz offizieller politischer Abstinenz das Verbot des preußischen Innenministers. Die Königsberger Opposition gab jedoch nicht auf, sondern formierte sich in radikalen Volksversammlungen in dem außerhalb der Stadt liegenden Böttchershöfchen. Sie wurde zunächst nicht verboten, da Ostpreußen nicht den Gesetzen des Deutschen Bundes unterlag, im August 1845 aber per Kabinettsorder als Fortsetzung der Bürgergesellschaft dennoch unterdrückt.

Deren Schicksal, das die „Ressource-Zeitung“ aufmerksam verfolgt hatte,<sup>12</sup> und wohl auch die eigenen schlesischen Erfahrungen von Glogau geboten den Breslauer Initiatoren einer Ressource – nach dem Misslingen der den Magdeburger Erfahrungen folgenden spontanen Bahnstationsversammlungen –, noch vorsichtiger zu Werke zu gehen, auf jegliche politische Ambitionen zu verzichten und sich ganz auf kommunale Angelegenheiten und den kulturellen Bereich zu konzentrieren.

### *Gründung – Hauptakteure – Aktionen*

Zur Gründungsphase der Breslauer Ressource sind leider nur wenige Quellen überliefert.<sup>13</sup> Offenbar gingen in Breslau die Initiativen seit Oktober 1845 vom Magistrat aus. Man suchte, das in den Bahnstationsversammlungen offenkundig gewordene Streben nach Gemeinsamkeit aller Bürger, über die bisherigen Kränzchen hinaus, in die nur Besitzbürger zugelassen waren, „in gesetzlicher Weise“ zu verwirklichen.

Die Namensgebung „Ressource“ bei der Vereinsgründung folgte einer im ausgehenden 18. und 19. Jahrhundert geläufigen Tradition. Die Übernahme des französischen Wortes „la ressource“ ins Deutsche als Bezeichnung für einen geselligen Verein ergab sich aus der Mehrdeutigkeit dieses Begriffs, der nicht nur für Hilfsquelle und Hilfsmittel, sondern auch für Zuflucht, Rettung und Hoffnung stand. Ressource wollte man verstanden wissen als einen Erholungsort, als eine Zuflucht der Geselligkeit.<sup>14</sup> Breslau kannte bereits seit 1808 eine Vereinigung mit dem Namen Ressource, die „Kaufmännische Zwingerressource“, die einen ausgesprochen exklusiven Charakter trug, der nur Eliten aus Adel und Militär der ganzen Provinz angehörten und die Juden ausdrücklich ausschloss.<sup>15</sup> Die neue Vereinsgründung von Ende 1845 übernahm zwar den allen vertrauten Ressour-

12 Siehe RZ, Nr. 2, S.7f.

13 Siehe dazu v. a. den Bericht von Stein: II. Die städtische Ressource, RZ, Nr. 1, S.2; siehe auch ders., Geschichte Breslaus, S.213-215.

14 Siehe hierzu M. A. Thibaut: Vollständiges Wörterbuch der Französischen und Deutschen Sprache, 80. Aufl., Braunschweig 1877, S.424; Brockhaus' Conversations-Lexikon, 14. Aufl., Bd. 13, Berlin und Wien 1895, S.789, wo es heißt: „Hilfsquelle, Erholungsort, Name geselliger Vereine und ihrer Lokale“; in Meyers Neuem Lexikon, Bd. 6, Leipzig 1963 wird *Ressource* als „Hilfsmittel, Zuflucht, Erholung“ unterschieden von *Ressourcen* = „Hilfsquellen, Geldmittel“.

15 Gürtler, Vereine, S.31f.

ce-Begriff, gab ihm aber ausdrücklich einen neuen bürgerlich-liberalen Inhalt. Im bewussten Gegensatz zum „Abschließungs- und Absperrungssystem“ der „Zwingerressource“ wie anderer schon bestehender Kränzchen, „in denen der Bürger nicht gilt, was er *ist*, sondern was er *besitzt*“, sollte in der neugeschaffenen „städtischen Ressource“ die Gemeinsamkeit und Gleichheit aller Bürger der Stadt Breslau gelten,<sup>16</sup> erfolgte überdies entgegen dem Ständeprinzip eine Öffnung des Vereinslebens „nach unten“.

Der 1843 als Breslauer Oberbürgermeister bestätigte Julius Hermann Pinder, ein gemäßigt liberaler Mann aus Ostpreußen, engagierte sich in besonderer Weise für die Bildung der Ressource. Doch wurden diese Bemühungen von liberalen Kräften außerhalb der Behörden nachdrücklich unterstützt. „Um dem nun einmal unbezähmbaren Drange nach Besprechung öffentlicher Angelegenheiten in einer gesetzlich anerkannten Vereinigung Rechnung zu tragen, riefen Männer aus den leitenden städtischen Kreisen am 2. Dezember 1845 im Café Restaurant (Karlsstraße) die *städtische Ressource* ins Leben, die zum ersten Mal Bürger und Schutzverwandte und Vertreter aller Gesellschaftsklassen vereinigte.“<sup>17</sup> Zuvor hatte ein provisorisches Komitee, dem Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung angehörten, Statuten ausgearbeitet, die von der Versammlung mit 400 Teilnehmern am 2. Dezember 1845 beraten und angenommen, von den staatlichen Behörden auch akzeptiert und am 12. Dezember 1845 offiziell verabschiedet wurden.

In der Ressource sollten sich danach die Vertreter verschiedener Gesellschaftsklassen durch geselligen Umgang einander annähern. Die Liste der Mitglieder von Frühherbst 1846 bestätigt,<sup>18</sup> dass – wie in Königsberg – der städtische Mittelstand, Handwerker, Kaufleute, Kleinhändler, aber auch eine größere Anzahl Intellektuelle, Ärzte, Apotheker, Juristen, Professoren und Lehrer die Masse der Teilnehmer der neuen Vereinigung bildeten. Den ursprünglichen Stamm bildeten „Magistratsmitglieder, Stadtverordnete, Bezirksvorsteher, überhaupt alle, die ein städtisches Ehrenamt bekleideten, und dann die übrigen städtischen Beamten“.<sup>19</sup> Doch auch Beamte des Oberpräsidiums und der Breslauer Regierung mieden die Ressource nicht; selbst der Oberpräsident v. Wedell war eingetreten. Auf der anderen Seite aber gehörte der Ressource mit dem Daguerreotypisten Julius Brill auch ein Mann an, der Kontakt zu den frühen deutschen Arbeiteremanzipationsbestrebungen im Bund der Gerechten und der Kommunisten hatte und 1848 als Schriftsetzer ins Berliner Parlament gewählt wurde. Eine Mitgliedschaft von Arbeitern wurde in den vorliegenden Berichten hingegen nie ausdrücklich er-

16 Stein, II. Die städtische Ressource, in: RZ, Nr. 1, S.2.

17 F. G. Adolf Weiß: Chronik der Stadt Breslau von der ältesten bis zur neuesten Zeit, Breslau 1888, S.1136.

18 Siehe Alphabetisches Namens-Verzeichnis sämtlicher Mitglieder der städtischen Ressource zu Breslau von Ende September 1846 (Beilage zu RZ, Nr. 1).

19 Stein, Geschichte Breslaus, S.213.

wähnt; Arbeiter sind auch in der Mitgliederliste nicht zu finden. Wohl aber spielte die Haltung zu den Arbeitern wie deren Lage in den Diskussionen der Ressource bald eine gewichtige Rolle.

Die Ressource blieb zumindest bis zum Beginn der Revolution von 1848 eine reine Angelegenheit des städtischen mittleren Wirtschafts- und des Bildungsbürgertums, dessen vornehmlich liberale Interessen diskutiert und zur Geltung gebracht wurden. Zugleich gewannen im Laufe der Zeit vor allem sozial orientierte demokratische Elemente Einfluss auf die Ressource.

Als Gründungsmitglieder werden neben Pinder der Bürgermeister Carl Friedrich Eduard Bartsch, die Stadträte Rudolph Becker, Rahner und Pulvermacher, der Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Heinrich Graeff, der Friedrich Wilhelm Schlöffel 1845 verteidigte, die Stadtverordneten Aderholz, Jurock, Friedrich Klocke, Zahnarzt Rudolph Linderer und Karl August Milde, der Maurermeister Johann Gottfried Tschocke, der Mitglied des Provinziallandtags war, die Universitätsprofessoren Michael Eduard Regenbrecht und Kuh sowie der Lehrer der Höheren Bürgerschule und Journalist Julius Stein genannt. Der Vorsitz der Gesellschaft lag bis 1848 durchweg in der Hand des Oberbürgermeisters Pinder, um den sich im Vorstand ausschließlich bürgerliche Honoratioren scharten. Sie stellten auch die am 9. Dezember 1845 gewählten Vorstandsmitglieder. „Sämtliche Gewählte gehörten der liberalen Partei an, deren Mittelpunkt von jetzt ab die städtische Ressource bildete.“<sup>20</sup> Der Vorstand wurde nach einem Jahr jeweils neu gewählt. Überliefert sind die Vorstandswahlen durch die Generalversammlung der Ressource vom 6. Oktober 1846 und vom 12. Oktober 1847.<sup>21</sup> Die Berichte nennen als häufigste Diskussionsredner durchweg engagierte liberale und demokratische Oppositionelle: Julius Stein, der seit 1842 regelmäßig liberale Oppositionsartikel in der „Schlesischen Zeitung“ geschrieben hatte, den Arzt Louis Borchardt, der seit 1844 in Breslau praktizierte, 1847 in die oberschlesische Elendsgebiete ging und sich 1848 als entschiedener Demokrat hervortat, den Maler und engagierten Demokraten Philipp Hoyoll, den entschieden linksliberalen Journalisten und achtundvierziger Demokraten August Semrau, einen Dr. Laux, einen Senior Krause, einen Kaufmann oder Apotheker Wollheim, offenbar der Bruder des Arztes und Demokraten Dr. Hermann Wollheim, den Divisionsprediger, Theologieprofessor und inzwischen zum Deutschkatholizismus konvertierten Dr. Rhode und den sozialistisch orientierten Arzt und Redakteur des sozialistischen „Breslauer Volksspiegels“ Dr. Isidor Pinoff. Diese Persönlichkeiten, die in den Versammlungen der Ressource durchweg den Ton angaben, machen sichtbar, dass diese Vereinigung von Anfang an ein Aktionsfeld der bürgerlichen Opposition war und rasch „zum Hauptquartier aller Gegner des herrschenden Bevormundungssystems“<sup>22</sup> wurde. Schnell entwickelte sich die Ressource zu

---

20 Ebenda.

21 Siehe RZ, Nr. 2, S.7; Schlesische Zeitung (SZ), 14.10.1847, S.2906.

22 Weiß, Chronik, S.1136.

einer Massenorganisation. Im Januar 1846 hatten sich knapp 600 Personen als Mitglieder eingeschrieben; im Oktober 1846 belief sich die Mitgliederzahl auf 1.600<sup>23</sup> und Ende 1846 soll die Ressource etwa 1.700 Mitglieder gezählt haben.<sup>24</sup> Im Oktober 1847 gehörten ihr 1.774 Mitglieder an,<sup>25</sup> und man diskutierte bald darauf darüber, ob die wegen der beengten Räumlichkeiten zunächst festgelegte Begrenzung auf 1.800 Mitglieder nicht besser aufgehoben werden sollte.<sup>26</sup> Die Zusammenkünfte der Ressource fanden regelmäßig am Dienstag, später auch am Freitag im Saale des Gründungs-Cafés in der Karlsstraße statt, und man beriet anfänglich ausschließlich städtische Probleme, die Verhältnisse der Kommune, wagte sich aber bald auch an religiöse und vereinzelt sogar an politische Fragen heran; man diskutierte in kleineren Gruppen über die Landtagsabschiede, die Ereignisse in Polen und die kirchlichen Bewegungen.<sup>27</sup> Eine von Stein wieder gegebene Liste der bis September 1846 besprochenen Themen nennt die Einführung einer „Witwenkasse zur Verhinderung des Proletariats“, die Abschaffung des Beichtgeldes und der Stolgebühren sowie die Ausbildung von Elementarlehrern, aber auch die Petitionen von Breslau an den schlesischen Provinziallandtag, die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, die Preisgestaltung bei Missernten und die Verbreitung von Kenntnissen über die Städteordnung unter der Bürgerschaft.<sup>28</sup> Auf Vorträge wurde, obwohl von den Mitgliedern gefordert, zunächst verzichtet. Der Vorstand lehnte es ab, weil er diese, um sich gegen Eingriffe von außen abzusichern, vorher einer Zensur hätte unterwerfen müssen.<sup>29</sup> Zugleich machte die Ressource sich um die Entwicklung des massenkulturellen Lebens in der Stadt verdient.<sup>30</sup> Auf ihre Initiative erfolgte die von Stadtverordnetenversammlung und Magistrat beschlossene Erweiterung und Umgestaltung des Breslauer Schießwerders aus einer nur von privilegierten Bürgerschützen und Schießwerder-Ältesten genutzten Stätte zum größten und bald beliebtesten, vor allem aber allen Bürgern zugänglichen Garten der Stadt. Hier errichtete die Ressource ein großes Zelt, in dem fortan im Sommer die zahlreich besuchten Dienstags- und Freitags-Versammlungen durchgeführt wurden. Am 5. Mai 1846 fand im Schießwerder-Garten auch das erste öffentliche Ressourcen-Konzert statt, dem regelmäßig weitere Konzerte, so Ende Mai 1847,<sup>31</sup> wie auch Bälle und andere Festlichkeiten folgten. Am 19. Juni 1846 erfolgte die Einweihung des Turn-

---

23 Siehe RZ, Nr. 2, S.7: Bericht über die Generalversammlung vom 6.10.1846.

24 Siehe Stein, *Geschichte Breslaus*, S.213.

25 Siehe SZ, 14.10.1847, S.2906; RZ, Nr. 3, S.13.

26 Siehe SZ, 9.11.1847, S.3108.

27 Siehe Stein, II. Die städtische Ressource, in: RZ, Nr. 1, S.2; ders., *Geschichte Breslaus*, S.214.

28 Siehe RZ, Nr. 1, S.2.

29 Siehe ebenda.

30 Zum Folgenden siehe J. Stein, in: RZ, Nr. 1, S.2; Stein, *Geschichte Breslaus*, S.214f.

31 Siehe SZ, 23.5.47, S.1279.



platzes, und Mitte Juli 1846 fand das festliche Königsschießen im Schießwerder statt.<sup>32</sup>

Die Ressource stand eindeutig hinter dem politischen Fürstensteiner Fest vom 14. Juni 1846, das in Breslau und ganz Schlesien Furore machte.<sup>33</sup> Die Burg Fürstenstein bei Freiburg war ein beliebter Ausflugsort und diente im Vormärz wiederholt als Treffpunkt Oppositioneller. So fand hier entsprechend einer Festlegung der Provinziallandtags-Abgeordneten des 3. und 4. Standes bereits am 8. September 1844 eine Zusammenkunft von Landtagsdeputierten statt, zu der auch Eduard von Reichenbach eingeladen war, der verschiedene Vorträge hielt. Die preußischen Behörden beobachteten den Fürstenstein seitdem so argwöhnisch und sorgfältig, dass der Oberpräsident im Oktober 1845 sogar nach Berlin vermeldete, diesjahr habe auf dem Fürstenstein kein Treffen stattgefunden.<sup>34</sup>

1846 änderte sich das grundlegend.<sup>35</sup> Der Ausflug zum Fürstenstein war von Mitgliedern der Ressource zwar veranstaltet, aber nicht offiziell von ihr, sondern von ihrem führenden Mitglied, dem Zahnarzt Linderer, organisiert worden. Etwa 600 Mitglieder fuhren am 14. Juni von Breslau nach Freiburg, zogen zur alten Burg und hörten auf der dort veranstalteten Volksversammlung begeistert die eindeutig politischen Reden von Semrau, Stein und Linderer, des Oberlehrers Müller und von Dr. Lasker, in denen die Solidarität der Städte gegen die Ansprüche der gutsherrlichen Ritterschaft beschworen, die Restriktionen der Behörden gegen die Vereinigungsbestrebungen der Bürger angeprangert und über die Lage der Weber und Spinner im schlesischen Gebirge berichtet wurden. Die aufgeschreckten Behörden reagierten mit Haussuchungen bei den Rednern und anderen Mitgliedern der Ressource, die jedoch kein Material für eine Kriminaluntersuchung der Fürstensteiner Redner beibrachten. Die Breslauer Stadtverordnetenversammlung protestierte am 2. Juli 1846 gegen die Haussuchungen und handelte sich deshalb einen behördlichen Rüffel und eine offizielle Rüge ein, weil dies über die nichtschlesische Presse an die Öffentlichkeit gebracht wurde.<sup>36</sup> Nach langem Hin und Her musste das mit den Ermittlungen beauftragte Breslauer Inquisitoriat Mitte August 1847 erklären, es habe sich bei dem Untersuchungsverfahren „nicht soviel herausgestellt, um eine Untersuchung namentlich gegen Semrau zu eröffnen“.<sup>37</sup> Auf ein nun vom Innenministerium angeregtes polizeiliches Strafverfahren wurde wegen Erfolglosigkeit verzichtet. Zunehmend

---

32 Zu den Festen im Schießwerder siehe Gürtler, Vereine, S.79-83.

33 Siehe GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 245 Nr. 10: Die zu Fürstenstein in Schlesien stattgehabten Zusammenkünfte und Festlichkeiten und Benutzung derselben für politische Zwecke seitens deren Teilnehmer, besonders seitens der Mitglieder der Bürger-Ressource zu Breslau und der dortigen Radikalen; Stein, Geschichte Breslaus, S.215f.; siehe auch Gürtler, Vereine, S.74-78.

34 Siehe GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 245 Nr. 10, Bl. 2-13.

35 Zum Folgenden siehe ebenda, Bl. 14-54.

36 Siehe ebenda, Bl. 26-28, 33, 38-41.

37 Ebenda, Bl. 52.

konzentrierten sich die Behörden auf Semrau,<sup>38</sup> um ihm am Zeuge flicken zu können. Aber auch der bei ihm gefundene Aufruf zur Geldsammlung für die in Kosel und Neißة inhaftierten Polen, denen wegen der drohenden Auslieferung an Russland eine Flucht nach Frankreich ermöglicht werden sollte, lieferte letztendlich keinen „Tatbestand eines Verbrechens“. Deswegen lehnte das Breslauer Inquisitoriat eine Anklageerhebung ab.<sup>39</sup>

### *Ausstrahlungen auf ganz Schlesien*

Die Bildung der Breslauer städtischen Ressource, angeregt durch Vorbilder in anderen Teilen Preußens, stimulierte ihrerseits die Gründung von Bürgergesellschaften gleichen Inhalts in mehreren schlesischen Städten. Sie nahmen zwar unterschiedliche Namen an, folgten jedoch durchweg den gleichen Zielen wie die Breslauer Ressource. Mitte 1846 rührten sich die Bürger *Briegs*, um eine Ressource zu gründen. Hier entwickelte sie sich durch Erweiterung eines bürgerlichen Gesangsvereins und nahm, als sie im Oktober ihren Gründungsakt erlebte, den Namen Liedtafel an, an der sich auch Frauen beteiligten.<sup>40</sup> Auch in *Jauer* lief die Bildung der Bürgergesellschaft über eine Liedtafel, die die Breslauer Statuten annehmen wollte und im Spätherbst konstituiert war.<sup>41</sup> *Löwenberg* verfügte 1847 über eine aktive Bürgerressource, in der lokale Probleme beraten wurden und in der der deutschkatholische Prediger und achtundvierziger linke Paulskirchenabgeordnete Franz Schmidt mitwirkte.<sup>42</sup> Oberschlesien stand nicht nach. In *Neißة* schreite wie in *Glatz*, hieß es in den Berichten von Dezember, der Bildungsprozess von Bürgergesellschaften fort; in *Pleß* hatte man inzwischen die Breslauer Statuten erhalten und in *Gleiwitz* mit der Bildung einer Ressource begonnen.<sup>43</sup>

In *Schweidnitz* fand am 2. November 1846 mit 200 Teilnehmern die Gründungsversammlung eines Vereins der Bürger und Bürgerfreunde statt, dem der Bürgermeister und der Stadtverordnetenvorsteher vorstanden. Alle unbescholtenen Bürger konnten Mitglied werden; besprochen wurden zunächst Kommunalangelegenheiten.<sup>44</sup> In Schweidnitz, wo mehrere Jahre der sozial engagierte Arzt Dr. Isidor Pinoff wirkte und 1848/49 der radikale Demokrat Julius Maria Petery agierte, praktizierte man nach einer Genehmigung des Magistrats das Breslauer Modell des Fragekastens und hoffte, dass vor allem die gegenwärtigen Notstände

38 Siehe RZ, Nr. 12, S.68, Nr. 15, S.86.

39 Siehe GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 245 Nr. 10, Bl. 53f.; RZ, Nr. 15: „Offene Anfrage“ Semraus.

40 Siehe RZ, Nr. 1, S.3 und Nr. 3, S.15.

41 Siehe RZ, Nr. 3, S.14 und Nr. 4, S.19.

42 Siehe Walter Schmidt: Franz Schmidt (1818-1853). Ein achtundvierziger Radikaldemokrat aus Schlesien, in: Helmut Bleiber/Walter Schmidt/Susanne Schötz (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, Bd. 1, Berlin 2007, S. 677-739, hier S.686.

43 Siehe RZ, Nr. 4, S.19.

44 Siehe ebenda.

und deren Abhilfe thematisiert werden.<sup>45</sup> 1847 wurde in der Kreisstadt *Woblan* eine „Bürger-Ressource“ gegründet, an deren Spitze der Aktuar Bartsch stand.<sup>46</sup> Schon früher hatte sich eine Ressource in dem für seine Aufmüpfigkeit bekanntem *Hirschberg* gebildet. Hier hatte, wie es in einem Bericht von Mitte September 1846 hieß, „die Idee einer solchen Vereinigung der Bürger behufs des geselligen Verkehrs und des Austausches der Erfahrungen und Ansichten sofort Anklang gefunden“.<sup>47</sup> Erst im Juli 1846 habe der Magistrat die Statuten bestätigt, öffentliche Reden aber verboten, was die Entwicklung der Ressource wesentlich gehemmt habe. Viele hätten sich daher zurückgezogen; doch sei „jetzt keine Zeit zum Schmollen“. Im Januar 1848 hatte man hier die Stagnation längst überwunden und diskutierte heftig über „Lebensfragen der Gegenwart“. Als eine solche verstand man die Stellung zur Maschinenarbeit, die ebenso eindeutig bejaht wurde wie die Gewerbefreiheit. Als der oppositionelle Lehrer und Schulpolitiker Karl Friedrich Wilhelm Wander, der 1848 an der Spitze der Hirschberger Demokratie stand,<sup>48</sup> dafür plädierte, dass die Lehrausbildung handwerksmäßig erfolgen müsse, stieß er auf stürmischen Widerstand der Versammelten und musste nun begründen, dass „Bildung des Menschengeschlechts und Maschinenwesen“ Hand in Hand zu gehen haben. Denn eine Beseitigung der Maschinen führe nur in die frühere Barbarei. Sowohl der Apotheker Großmann wie auch der Porzellanfabrikant Ungerer und der Tischler Sachse engagierten sich für die Einführung und Nutzung von Maschinen.<sup>49</sup> Erst Mitte Januar 1848 luden mehrere Bürgerfreunde in *Bunzlau* zur Gründung einer „Bürger-Ressource“ ein, in der „der Gemeinsinn belebt und gefördert“ werden sollte. Das Echo darauf war außerordentlich stark. Mehr als 100 Bürger versammelten sich am 19. Januar zur Gründungsversammlung. An die Spitze traten der Stadtverordnetenvorsteher Sommer und der Redakteur Schneider.<sup>50</sup> Auch in *Frankenstein* war 1847 eine Bürgerversammlung entstanden, die unter Leitung der örtlichen Behörde stand.<sup>51</sup> Diese beachtliche, bisher in der Forschung jedoch kaum beachtete Verbreitung der Ressourcenbewegung in Schlesien, die hier sicher nur unvollständig benannt werden konnte, reflektiert auf besondere Weise die neuen politischen Bedürfnisse einer oppositionell gestimmten Bürgerschaft. Sie spielte zugleich eine bislang kaum vermerkte Rolle bei der Politisierung größerer Teile der städtischen Bevölkerung und bereitete so die Partizipationsfortschritte in der und durch die Revolution vor. Sowohl *Hirschberg* als auch *Schweidnitz* wurden 1848/49 Zentren der demokratischen Bewegung in der Provinz. *Brieg* zählte wie *Gleiwitz*, *Glatz* und

---

45 Siehe SZ, 28.1.1847, S.229.

46 Siehe SZ, 11.11.1847, S.3126.

47 RZ, Nr. 2, S.7.

48 Siehe Heinz Kurze: Der politische und schulpolitische Kampf K.F.W. Wanders in der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848/49, Berlin 1982.

49 Siehe SZ, 16.1.1848, S.113.

50 Siehe SZ, 19.1.1848, S.126; 1.2.1848, S.256.

51 Siehe Engelmann, Rolle der Bürgerversammlungen, S.171.

*Jauer* zu den schlesischen Städten, in denen 1848 demokratische Vereine entstanden. In *Woblan* bildete sich schon im April 1848 ein Politischer Verein, in dem demokratisches Denken und Handeln die Oberhand gewannen und der dem demokratisch gewandelten „Schlesischen Kreisboten“ eine organisatorische Stütze bot. In *Löwenberg* mauserte sich die Vormärz-Ressource nach der Märzrevolution zu einem demokratischen „Volksverein“. In *Frankenstein* agierte seit April 1848 ein Vaterländischer, später Demokratischer Verein, der im Oktober 1848 ein Kartell mit dem örtlichen Rustikalverein bildete und entschieden demokratische Positionen vertrat. Über *Bunzlaus* Rolle in der Revolution fehlen bisher leider noch notwendige Lokalforschungen.

#### *Die „Ressourcen-Zeitung“*

Seit Mitte September 1846 verfügte die Breslauer Ressource über ein eigenes journalistisches Organ, die „Ressourcen-Zeitung“, die eine wichtige Quelle sowohl für die Geschichte der Ressource als darüber hinaus auch für die Entwicklung der politischen Opposition in der schlesischen Metropole bildet. Über die Entstehung dieses Monatsblattes ist wenig bekannt. Die treibenden Kräfte für die Gründung eines eigenen Blattes waren deren beide Herausgeber und verantwortliche Redakteure: der Journalist August Semrau und der Lehrer Dr. Julius Stein, der von Anfang an Beisitzer des Ressourcen-Vorstands war. Als Monatschrift konnte die „Ressourcen-Zeitung“ ohne besondere Konzession herausgegeben werden und war nur der Zustimmung und Kontrolle des Zensors unterworfen.<sup>52</sup> Als Verlag konnte der in Breslau bekannte und renommierte Verleger Eduard Trewendt gewonnen werden. Das Blatt erschien zumeist in der Mitte eines Monats im Zeitungsgrößeformat mit vorrangig sechs, hin und wieder auch mehr Seiten und war in Preußen wie im nichtpreußischen „Ausland“ für 2 ½ Silbergroschen zu erwerben.<sup>53</sup> Ihm war auf der letzten Seite noch eine sogenannte „Kleine Zeitung“ beigegeben, die „mit Witz Zeitgeschichte vorführt“.<sup>54</sup> Die Zeitung redigierten Stein und Semrau zunächst gemeinsam.

Über ihre Verbreitung über Breslau hinaus ist wenig bekannt. Nach Angaben der Provinzialbehörde, die vom ersten Tag an auf einen raschen Untergang der Zeitung hoffte, soll sie nur wenige Abonnenten gehabt haben.<sup>55</sup> Berichten aus anderen schlesischen Städten ist aber zu entnehmen, dass sie auch in der Provinz und hier und da auch in anderen preußischen Provinzen gelesen wurde. Der Ressourcenvorstand verhielt sich offiziell indes, taktisch klug, kühl-distanziert zu dem

---

52 Dazu der Bericht v. Wedells an das Innenministerium, 26.12.1846, in: GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 358 Nr. 3: Die Errichtung und Beaufsichtigung der Ressourcen und Privatgesellschaften in der Stadt Breslau, Bl. 14f.

53 Siehe RZ, Nr. 1, S.1. Ein vollständiges Exemplar der Breslauer Ressourcen-Zeitung (Nr. 1 von September 1846 bis Nr. 16 von Dezember 1847) befindet sich auf Mikrofilm im Zeitungslesesaal der Staatsbibliothek Berlin.

54 SZ, 7.4.1847, S.720.

55 Siehe GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 358 Nr. 3, Bl. 15.

Blatt, das den Namen der Gesellschaft trug, aber von ihm nicht verantwortet wurde.<sup>56</sup> Die Redaktion war ausschließlich Sache der beiden Redakteure, die freilich Mitglieder der Ressource waren und des Öfteren natürlich auch über Vorgänge in der Ressource berichteten. Im Februar 1847 schied Stein aus der Redaktion aus, die fortan bis zur Umwandlung des Blattes in eine andere Monatsschrift namens „Der Staatsbürger“ an der Jahreswende 1847/48 Semrau allein vertrat.<sup>57</sup>

Die Redaktion erhob mit dem Untertitel „Monatsschrift für Bürger-Ressourcen“ von vornherein den Anspruch, als Sprachrohr der Ressourcenbewegung in ganz Preußen zu fungieren, und suchte ihn durch Korrespondenzen über Ressourcen in anderen Städten auch zu realisieren. So spiegelte das Blatt nicht nur das Leben in der Breslauer Ressource, sondern informierte auch über die widersprüchlichen Erfahrungen der Bürger-Ressourcen in schlesischen Städten wie Hirschberg und Schweidnitz, aber auch in Berlin, Naumburg/Saale, Wittenberg, Quedlinburg und Stettin sowie in Bromberg und Kulm an der Weichsel.<sup>58</sup> Besonders ausführlich war die Berichterstattung über die bereits im Winter 1844 gegründete Königsberger Bürgergesellschaft, der Johann Jacobi vorstand.<sup>59</sup>

Die Zeitung selbst wie Berichte aus anderen Zeitungen<sup>60</sup> zeigen, dass die Redaktion sich bemühte, vor allem die Interessen und Vorstellungen des oppositionellen liberalen Bürgertums zu vertreten, sich der großen Bourgeoisie gegenüber jedoch eher kritisch verhielt. Die im Wesentlichen noch unter der Flagge des Liberalismus segelnde Oppositionsfront gegen den halbfeudalbürokratischen Staat, in der sich allerdings zunehmend linke und auch soziale Demokraten zu Wort meldeten, bestimmte das Wesen der Zeitung. Im Mittelpunkt der Beiträge standen die Interessen des Breslauer mittleren und gehobenen Bürgertums, die – wie eine Rezension vermerkte – „freimütig besprochen“ werden.<sup>61</sup> Als Literatur empfahl die Redaktion durchweg oppositionelles Schriftgut ihrer Zeit wie Börnes französische Schriften, Heinrich Simons Broschüre über seinen Austritt aus dem preußischen Staatsdienst, Schlöffels Prozess, Florencourts Verteidigung in der Untersuchung wegen Pressvergehen und Friedrich Cruegers Untersuchung über die Anklage eines Königsberger Buchhändlers, Louis Blancs Geschichte der zehn Jahre, Struves politisches Taschenbuch, Wel-

56 So in: ebenda.

57 Siehe *Der Staatsbürger* (Stb), Nr. 1, S.1. Die Monatsschrift „Der Staatsbürger“ gab Semrau im Verlag A. Schulz & Comp. heraus. Sie erschien nur im Januar und Februar 1848. Ein Exemplar dieser Schrift befindet sich im Cabinet Śląsko-Lużycki der Universität Wrocław. Für die Übermittlung einer Kopie danke ich Mag. Waclaw Sobociński.

58 Siehe RZ, Nr. 2, S.7-8; Nr. 4, S.21; Nr. 5, S.26; Nr. 6, S.31; Nr. 7, S.37. Danach bricht die Berichterstattung über die preußische Ressourcenbewegung ab.

59 Siehe RZ, Nr. 2, S.8.

60 Siehe SZ, 7.4.1847, S.729; 21.4.1847, S.851.

61 SZ, 7.4.1847, S.720.

lers publizistische Stimmen aus Frankreich, Robert Blums Staatslexikon für das Volk.<sup>62</sup>

Bei dem oppositionellen Bekanntheitsgrad der beiden Redakteure verwundert es nicht, dass die Zensur von Anbeginn ein waches Auge auf die Zeitung warf. Fast jeden Monat hatte das Oberzensurgericht mit Beschwerden der Redaktion zu tun, die sich gegen Streichungen des örtlichen Zensors zur Wehr setzte.<sup>63</sup> Zwar konnte sie beim Zensurgericht den Druck einer ganzen Reihe von Beiträgen bzw. von gestrichenen Passagen aus Artikeln durchsetzen, was natürlich auch immer nachdrücklich vermerkt wurde. Doch fanden ebenso viele keine Gnade. Die Vorwürfe, die zur Ablehnung führten, waren eindeutig und machten der kritischen Zeitung alle Ehre. Sie reichten von „Erregung von Unzufriedenheit mit der Regierung“ über „Säen von Zwiespalt zwischen den verschiedenen Ständen“, „Verunglimpfung befreundeter Regierungen und Regenten“ und „gehässigen Verdächtigungen richterlicher Verfahren“ bis zum „Tadel von Amtshandlungen“, „aufregender Tendenz“ und „Verletzung der königlichen Würde“. Das mit vielen Urteilen des Oberzensurgerichts unzufriedene Innenministerium informierte im Dezember 1847 den schlesischen Oberpräsidenten v. Wedell, dass der Innenminister mit den Streichorgien des Breslauer Zensors an der „Ressourcen-Zeitung“ weit mehr übereinstimme als mit einigen Urteilen des Zensurgerichts dazu, und beauftragte ihn, dies unbedingt dem Zensor selbst mitzuteilen.<sup>64</sup>

#### *Verfolgung durch die Behörden*

Den preußischen Behörden waren die Ressource und weit mehr noch die „Ressourcen-Zeitung“ ein Dorn im Auge.<sup>65</sup> Dabei gab es jedoch graduelle Unterschiede. Der Oberpräsident v. Wedell, ein studierter Jurist, der 1830 in den Regierungsdienst eingetreten war, seine Karriere durch verschiedene Ämter bis zum Oberpräsidenten gemacht und 1844 v. Merckel abgelöst hatte, war selbst Mitglied der Ressource geworden und sicher nicht unglücklich darüber, dass sich die spontanen Massenversammlungen auf den Bahnhöfen relativ friedlich in die Kanäle einer legalen Gesellschaft mit Massenanhang in der Breslauer Bürgerschaft hatten leiten lassen. Er suchte die ganze Zeit über die Ressource eher in Schutz zu nehmen, um Ruhe in der Stadt zu gewährleisten, und brachte auch einiges Verständnis für die „Ressourcen-Zeitung“ auf. Das Berliner Innenministerium indes blieb äußerst argwöhnisch. Vor allem seit die „Ressourcen-Zeitung“ zu erscheinen begonnen hatte, fürchtete man in Berlin, dass die Ressource zu

62 Siehe RZ, Nr. 2, S.9: Was soll man lesen?; ferner Nr. 3, S.16; Nr. 4, S.22; Nr. 8, S.44.

63 Siehe GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 2 Lit. R Nr. 75, Bl. 9-50.

64 Siehe ebenda, Bl. 51f.

65 Zum Folgenden siehe v. a. GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 358 Nr. 3 und Rep. 77 Tit. 2 Lit. R Nr. 74; ferner RZ, Nr. 2, S.9f.; Nr. 3, S.13; Nr. 6, S.32; Nr. 10, S.57 sowie SZ, Nr. 23, 28.1.1847, S.203; Nr. 262, 9.11.1847, S.3108; Nr. 264, 11.11.1847, S.2126.

einem „politischen Klub“ umgewandelt werden könnte.<sup>66</sup> Je eher je lieber sollte der Zeitung, aber auch der Ressource der Garaus gemacht werden. Für das Berliner Innenministerium waren die Ressource und deren Zeitung „lediglich ein Werkzeug und Tummelplatz politischer Agitation“.<sup>67</sup> Man sollte daher dergleichen Bestrebungen entschieden entgegentreten und die Zeitung verbieten, wenn sie ihre Tendenz nicht ändere. Die Ressourcen-Führung aber sollte gedrängt werden, die Agitatoren zum Austritt aufzufordern, empfahlen die Berliner Beamten, oder die „Gutgesinnten“ sollten die Gesellschaft verlassen; schlimmstenfalls sei eine Auflösung durch die Polizei anzustreben. Dem Oberpräsidenten wurde schließlich dringend geraten, aus der Ressource auszutreten.<sup>68</sup> Dieser fand hingegen, dass in der Ressource nichts Unerlaubtes geschehe. Und was die Agitatoren betreffe, so habe man die Radikalen, die gewiss nicht fehlten, in der Ressource, in der erste Beamte der Stadt mitwirkten, immerhin unter öffentlicher Kontrolle, während sie sich nach einer Auflösung der Gesellschaft sofort wieder in anderen, eventuell sogar geheimen Vereinen zusammenschließen würden.<sup>69</sup> Eine Auflösung hielt v. Wedell bei der bestehenden Gesetzeslage ohnehin nicht für machbar, während dies für das Innenministerium sehr wohl statthaft war, sofern sich die Bürgergesellschaft zu stark in Kommunalsachen einmische.<sup>70</sup> Schließlich gab er zu bedenken, dass eine Auflösung auch deshalb höchst unklug sei, da eine solche Maßnahme, als ein Willkürakt begriffen, nur Mitleid und Sympathie erregen würde. Er setzte daher im Unterschied zum Innenministerium auch Anfang 1847, als sich nach einer relativ ruhigen Periode mit dem Wirken der „Ressourcen-Zeitung“ neue Konfliktlinien zwischen Behörde und Ressource aufbauten, auf flexibles taktisches Verhalten. Strikte Beobachtung der Entwicklungen in der Gesellschaft und Kräftigung der Position der Gemäßigten sollten eine Umwandlung der Ressource in eine politische Organisation verhindern.

Gegen Jahresende 1846 bahnte sich ein ernster Konflikt mit den Behörden an, als in der Ressource Überlegungen die Runde machten, sich in Zukunft auch der öffentlichen Aufklärung zuzuwenden. Bereits Mitte Oktober meldete die „Ressourcen-Zeitung“, dass im anstehenden Winterhalbjahr in der Ressource nun neben den bisherigen Diskussionen in kleinen Kreisen auch öffentliche, und zwar nicht gelehrte oder technische, sondern allgemeinbildende und unterhaltende Vorlesungen, Vorträge „über Gegenstände aller Art“ gehalten werden sollen.<sup>71</sup> Prominente Mitglieder hatten sich dazu bereit erklärt, so der Regierungsrat Bruno Erhard Abegg, ein durchweg liberaler Beamter, der aus Königsberg ge-

---

66 Siehe Innenministerium an v. Wedell, 29.10. und 31.1.1847, in: GSStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 358 Nr. 3, Bl. 6, 16.

67 Innenministerium an v. Wedell, 14.12.1846, in: ebenda, Bl. 11.

68 Siehe ebenda, Bl. 11f.

69 Siehe v. Wedell an Innenministerium, 29.12.1846, in: ebenda, Bl. 14f.

70 Siehe Innenministerium an v. Wedell, 21.1.1847, in: ebenda, Bl. 16f.

71 RZ, Nr. 2, S.9f.

kommen war, der Justizrat Graeff, der Stadtgerichtsrat Heinrich Simon, der 1844 mit einer scharfen Kritik an der preußischen Regierung hervorgetreten war, der an der Universität wirkende Musikhistoriker Kahlert, der Lehrer und Redakteur der oppositionellen „Schlesischen Chronik“ Moritz Elsner und der nicht minder in der Breslauer politischen Öffentlichkeit bekannte und bei den Behörden politisch übel beleumdete Lehrer Julius Stein.<sup>72</sup> Anfang November beschloss der Ressourcenvorstand dann auch, im Winter an den Dienstagabenden Vorlesungen einzuführen. Sie wollte der Vorstand keiner Zensur unterwerfen; vielmehr sollte eine Kommission nur über die zu behandelnden Themen entscheiden.<sup>73</sup>

Diese Ankündigung schreckte die Regierungsbehörden sofort auf, drohte damit doch das längst befürchtete Abgleiten der Organisation in oppositionelles politisches Fahrwasser und eine legal bemäntelte offene Politisierung der Massen, die man durch die Gründung der Ressource gerade hatte verhindern wollen. Damit schien auch für v. Wedell der Rubikon überschritten und dagegen einzuschreiten dringend erforderlich. Das Oberpräsidium beantwortete die Ankündigung des Vorstands unverzüglich mit der Drohung, in diesem Falle die Versammlung unter Polizeiaufsicht zu stellen und bei „Ungehörigkeiten“ die Ressource sofort auflösen zu lassen.<sup>74</sup> Der Vorstand ließ sich indes nicht einschüchtern, sondern legte geharnischten Protest gegen die angekündigten regierungsoffiziellen Restriktionen ein. Sich in seiner Tätigkeit der Polizeiaufsicht zu unterwerfen, kam nicht in Frage. Die Regierung formulierte daraufhin Bedingungen, unter denen Vorträge gehalten werden dürften: Ausschluss aller kirchlichen und politischen Themen, rechtzeitige Anmeldung von Rednern und Themen sowie Übernahme der Verantwortung durch den Oberbürgermeister und den Stadtverordnetenvorsteher. Diese Bedingungen waren für den Vorstand gleichermaßen inakzeptabel, so dass dieser taktisch klug einfach auswich, indem er sich monatelang dazu nicht äußerte und so die Dinge in der Schwebelage ließ. Mit einigen Bedingungen hätte man, wie es in einem Bericht der „Ressourcen-Zeitung“ hieß, zwar leben können. Der springende Punkt war der politische Vortrag. Auf keinen Fall wollte der Vorstand auf eine Behandlung vor allem der innenpolitischen Probleme, der bürgerlichen Rechte und Pflichten, des Staatszustands verzichten. Dann sollte eher auf alle Vorträge verzichtet werden.<sup>75</sup>

In ihrem Kampf gegen die Politisierungsbestrebungen in der Ressource bedienten sich die Breslauer Behörden der 1846 gegründeten und in konservativem Fahrwasser segelnden „Allgemeinen Oder-Zeitung“. Der Vorstand geriet in eine schwierige Situation, als ein anonymes Autor, ein später enttarntes und ausgeschlossenes Mitglied, die Ressource denunzierte, über das soeben veröffentlichte

---

72 Siehe SZ, Nr. 23, 28.1.1847, S.203.

73 Siehe RZ, Nr. 3, S.13.

74 Siehe v. Wedell an Innenministerium, 29.12.1846, Bl. 14v.; SZ, 28. 1.1847, S.203 und 29.1.1847, S.214.

75 Siehe RZ Nr. 10, S.57.



Patent zur Einberufung des Vereinigten Landtags doch einen politischen Vortrag zugelassen zu haben. Das Innenministerium sah nach diesem Artikel der „Allgemeinen Oder-Zeitung“ bereits die Chance für ein rigoroses Vorgehen und die eventuelle Auflösung der Ressource gekommen und forderte umgehenden Report.<sup>76</sup> V. Wedell verließ in diesem Zusammenhang die Ressource. Die „Ressourcen-Zeitung“ stellte sofort klar, dass es sich bei der angeblichen Rede Steins um einen nur in einem kleinen Kreise vorgelesenen und kurz darauf in der „Ressourcen-Zeitung“ erschienenen, zuvor von der Zensur genehmigten Artikel handelte<sup>77</sup> und die Denunziation nur dazu dienen sollte, die Ressource gemäß dem Reskript des Oberpräsidiums unter polizeiliches Kuratel zu stellen.<sup>78</sup> Damit war auch für das Oberpräsidium diese Affäre aus der Welt geschafft.<sup>79</sup> Und die Bemühungen des Denunzianten, über eine Adresse an den König den Chef der Ressource Pinder in eine Untersuchung zu verwickeln, scheiterten ebenso.<sup>80</sup>

Auch v. Wedell ließ die Sache mit den Vorträgen schleifen; er gab sich monatelang damit zufrieden, dass der Ressourcenvorstand auf sein Angebot von Januar die Antwort schuldig blieb. Erst als v. Wedell Anfang August vom Ministerium energisch angehalten wurde, forderte er den Vorstand am 31. August unter Androhung einer Schließung der Ressource auf, binnen drei Wochen zu replizieren.<sup>81</sup> Dessen Antwort war einfach: Verzicht auf öffentliche Vorträge. Stattdessen einigte sich der Vorstand Anfang November 1847 darauf, fortan – wie in Königsberg – einen Fragekasten einzurichten, in dem jeder die ihn interessierenden Fragen hinterlegen sollte, die dann von einem sachkundigen Mitglied behandelt werden sollten.<sup>82</sup>

#### *Die politische Agitation der „Ressourcen-Zeitung“*

Mit dem Erscheinen der „Ressourcen-Zeitung“ kamen einige neue Themen ins öffentliche Leben der Stadt, ohne dass deren Einfluss auf die Ressource selbst durch Quellen nachweisbar wäre. Denn die „Ressourcen-Zeitung“ verhielt sich, wie auch die Breslauer Tagespresse, bis Herbst 1847 auffällig zurückhaltend zum Thema Ressource; man schwieg sich weitgehend aus. Die „Ressourcen-Zeitung“ brachte im Grunde die politischen und sozialen Themen zur Geltung, die der

76 Innenministerium an v. Wedell, 20.2. und 16.3.1847, in: GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 358 Nr. 3, Bl. 19f., 23.

77 Siehe ebenda und Bl.29f.

78 Siehe RZ, Nr. 6, S.32.

79 Siehe v. Wedell an Innenministerium, 10.3.1847, in: GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 358 Nr. 3, Bl. 25.

80 Siehe ebenda, Bl. 31-34, 42f., 46f.

81 Siehe v. Wedell an den Ressourcenvorstand, 8.9.1847 und v. Wedell an Innenministerium, 8.9.1847, in: ebenda, Bl. 39.

82 Dies hatte man von der Königsberger Bürgergesellschaft übernommen, die diese Form bereits angewandt hatte. Siehe Silberner, Johann Jacoby, S.144; ferner Willenius, Entwicklung, S.159.

Ressource selbst wegen der behördlichen Restriktionen vorenthalten blieben, und sie wirkte so über ihre Leser auf das Leben der Ressource ein.

Ein Hauptanliegen der Redaktion bestand von Anfang an darin, die politischen Zielvorstellungen der liberalen und demokratischen Opposition zu propagieren. Zuvörderst engagierte sie sich für das „Streben nach dem größten und wichtigsten politischen Recht“, für echte Pressefreiheit.<sup>83</sup> Dazu bemühte sie ebenso Friedrich den Großen wie Jean Paul als Zeugen, wie sie sich – in Absicherung gegen die Zensur – oft bereits veröffentlichter Schriften bediente. Sie zitierte aus Jochmanns 1836 herausgegebenen „Reliquien“, aus Friedrich von Raumers 1846 erschienener Würdigung der Demokratie in den USA sowie aus Heinrich Simons Publikationen der vierziger Jahre<sup>84</sup> und feierte wiederholt Ludwig Börne als Vorkämpfer der Pressefreiheit.<sup>85</sup> Semrau erörterte den hohen Stellenwert der Pressefreiheit als wichtigstes Mittel zur Aufklärung des Volkes und zu dessen Schutz vor Unterdrückung.<sup>86</sup> Wiederholt schmuggelte die Redaktion durch geschicktes Zitieren von Aufsätzen aus anderen, nicht zuletzt konservativen Zeitungen revolutionäre Konterbande ein, etwa über die Aktivitäten des Jungen Deutschland und deutscher Handwerkervereine in der Schweiz, über Marr, Heinzen und Freiligrath.<sup>87</sup>

Ins Blickfeld rückte die Redaktion wiederholt den Zusammenhang von Revolution und Reform in der preußischen und europäischen Geschichte. Die Französische Revolution, so hieß es, habe die Gewaltenteilung auf den Weg gebracht und ein neues Zeitalter eingeleitet, das erst vollendet sein werde, wenn auch die unteren Klassen vollberechtigt in die neue Ordnung der Gesellschaft aufgenommen sind, womit zugleich die soziale Frage thematisiert war.<sup>88</sup> Auch Preußen stand im Banne dieser Revolution und begann seine Revolution mit den preußischen Reformen. „Unter den Staaten Deutschlands hat die preußische Monarchie schon längst seine Revolution gehabt“, hieß es nach Jochmann. „Preußen hatte seinen 20. Juni und 10. August an den Tagen von Jena und Auerstedt; seinen Mirabeau und Carnot in Männern wie Stein und Gneisenau.“<sup>89</sup> Zwischen dem Frieden von Tilsit und 1813 hatte Norddeutschland „die gefürchtete Revolution“: die Abschaffung des „Feudal-Unabhängigkeitswesens und der Leibeigenschaft“ und der Prügelstrafe in der Armee, die Städteordnung, die Aufhebung

---

83 RZ, Nr. 4, S.19.

84 Siehe ebenda: Friedrich der Große und die Pressefreiheit; Nr. 7, S.47f.: Jean Paul und die Zensur; Nr. 5, S.24 und Nr. 8, S.42: Aus Jochmanns Reliquien; Nr. 7, S.35f.: Friedrich von Raumer: Die Vereinigten Staaten von Nordamerika; Nr. 6, S.30: Zu Heinrich Simon.

85 Siehe RZ, Nr. 7, S.34: Ludwig Börne; Nr. 8, S.42; Nr. 9, S.51.

86 Siehe RZ, Nr. 5, S.24: S.[emrau]: Werden wir Pressfreiheit erhalten?

87 Siehe ebenda, S.24-26: W. Marr: Heinzen und Freiligrath; Nr. 8, S.41: Marr, das Junge Deutschland und die Schweiz.

88 Siehe RZ, Nr. 9, S.45f.: Vergangenheit und Gegenwart oder die Stimme der Geschichte.

89 RZ, Nr. 4, S.18: Die große Staatsverwandlung Preußens.

des Zunft- und Innungswesens, die Judenemanzipation. Semrau wurde in diesem Sinne nicht müde, die Städteordnung als herausragendes Beispiel einer kühnen Reformpolitik im Interesse der Bürger auf den Schild zu heben.<sup>90</sup>

Unerschrocken prangerte die Zeitung trotz ständiger Zensurbelästigungen die Verfolgung führender Köpfe der preußischen Opposition an und erhob so unwiderlegbar Anklage gegen die politischen Zustände. Auf Friedrich Wilhelm Schlöffels Darstellung seines Prozesses gestützt, machte sie die Leser mit den Inquisitionsmethoden und -verfahren der preußischen Polizei und Gerichtsbarkeit bekannt, womit ein Mann des Volkes monatelang in Haft gehalten wurde.<sup>91</sup> Ernst Moritz Arndts Erinnerungen von 1847 lieferten zusätzliche Beispiele geheimer Gerichtsverfahren aus der Zeit der ersten Demagogieverfolgung wie Bruchstücke aus Tagebuchaufzeichnungen eines Häftlings der Festung Silberberg von 1838, vermutlich von Moritz Elsner, der über das schwere Schicksal dortiger Militär- sowie politischer Gefangener berichtete.<sup>92</sup> Und man ließ es sich nicht nehmen, mehr beiläufig auf die Vielzahl der politisch verfolgten und zum größten Teil auch verurteilten Köpfe der Opposition, von Johann Jacobi in Ostpreußen über die Schlesier Schlöffel, Wander und Wilhelm Wolff bis zu Raveaux und Freiligrath in den westlichen Provinzen Preußens, hinzuweisen.<sup>93</sup>

Aber auch in der Berichterstattung und Analyse der zeitgeschichtlichen politischen Wandlungen in Europa stand die „Ressourcen-Zeitung“ der Breslauer Tagespresse nicht nach. Sie informierte nicht nur über die Reformbemühungen von Pius IX. in Italien und den Schweizer Sonderbundkrieg, sondern suchte auch die Hintergründe des päpstlichen Liberalismus aufzuhellen.<sup>94</sup> Sie würdigte mit offener Solidarität die „weltbürgerliche Bedeutung“ des Kampfes der Schweizer Eidgenossenschaft gegen den „jesuitischen Sonderbund“ und forderte von den deutschen Liberalen deren politische Unterstützung: „Aus dieser Rücksicht fühlen die deutschen Liberalen nicht bloß für die Schweiz; sie suchen auch für diese nach ihren besten Kräften zu handeln.“<sup>95</sup>

Zum beherrschenden politischen Thema der Zeitung wurden von Jahresbeginn bis in den Spätsommer 1847 jedoch die sogenannten preußischen „Reichsstände“. Es war sicher mehr als Zufall, eher die Folge sich verbreitender Gerüchte über ein königliches Patent zu einem Vereinigten Landtag, dass Julius Stein bereits Mitte Januar 1847 mit einer geschichtlichen Untersuchung des Schicksals aufwartete, das die Idee einer parlamentarischen Vertretung in Preußen seit dem Edikt von Oktober 1810 genommen hatte, als erstmals von der Einrichtung

---

90 Siehe ebenda, S.21: Rede Semraus auf dem Fest des 19. Novembers.

91 Siehe RZ, Nr. 7, S.35: Friedrich Wilhelm Schlöffel.

92 Siehe RZ, Nr. 11, S.60f.: Ernst Moritz Arndt; Nr. 12, S.65f.: Demagogische Erinnerungen aus dem Jahre 1838. Bruchstücke aus einem Tagebuch.

93 Siehe RZ, Nr. 10, S.58.

94 Siehe RZ, Nr. 14, S.79; Nr. 15, S.83f.

95 RZ, Nr. 15, S.84; Nr. 16, S.90.

einer preußischen „National-Repräsentation“ der Provinzen die Rede war.<sup>96</sup> Mitte Februar, da war das Patent vom 3. Februar bereits erschienen, ließ er einen zweiten Teil dieser Darstellung folgen, in dem das zähe, langwierige Ringen um eine „Repräsentation des Volkes“ von 1815 bis in die Gegenwart analysiert wurde, das erst mit den Landtagspetitionen von 1841 wiederbelebt worden war. Das gerade verkündete Patent erklärte er sofort zum seit 30 Jahren „wichtigsten Ereignis der Geschichte des preußischen Staates“, da Preußen damit die absoluten Staaten verlasse, ohne „die Rechte und Würde der Krone“ anzutasten. Damit beginne „eine zweite Epoche in der Entwicklung der ständischen Verhältnisse“.<sup>97</sup>

Die nach dem 3. Februar in ganz Preußen sich entwickelnde Kontroverse um die Bewertung der Fortschritte und Grenzen des einberufenen Vereinigten Landtags, in die mit eigenen Schriften auch mehrere Mitglieder der Ressource eingriffen,<sup>98</sup> fand in der „Ressourcen-Zeitung“ einen deutlichen Niederschlag. Diskutiert wurden die Chancen wie Behinderungen des Petitionsrechts,<sup>99</sup> ausführlich vorgestellt und gewürdigt Leben und Werk von Heinrich Simon, namentlich sein Pamphlet zum Patent „Annehmen oder Ablehnen“.<sup>100</sup> Moritz Elsner griff heftig das Votum von Justizrat Graeff zur preußischen Verfassungsangelegenheit wegen dessen „unglaublich behutsamer Leisetreterei“ an.<sup>101</sup> Vor allem kritisierte er, dass Graeff sich aus den entscheidenden politischen Aspekten in formaljuristische Argumente geflüchtet hatte und der Meinung Vorschub leistete, dass die Stände bereits wirkliche Vertreter des Volkes seien. Semrau legte die Manipulationen bloß, mit denen das schlesische Oberpräsidium den Einzug von Eduard v. Reichenbach in den Landtag verhinderte.<sup>102</sup> Die Redaktion ließ trotz aller Bedenken, die auch sie wegen der großen Beschränkungen der Rechte des Landtags hatte, zu keinem Zeitpunkt Zweifel daran aufkommen, dass der Vereinigte Landtag von großer Bedeutung sein und vor allem nachhaltige Wirkung auf das politische Leben ausüben werde.<sup>103</sup>

---

96 Siehe RZ, Nr. 5, S.23: Die Reichsstände. Dass es sich bei diesen Artikeln, die wegen der Denunziation, es habe sich um eine Rede in der Ressource gehandelt, einigen Trouble verursachten, um Arbeiten von Stein handelt, belegt er selbst in Nr. 6, S.32, wo er auch erklärt, dass der nur einem kleinen Kreis in einem Nebenraum vorgelesene Artikel durch die Zensur gegangen sei.

97 RZ, Nr. 6, S.29f.

98 Die Redaktion propagierte die „Schriften über das Patent vom 3. Februar“ in: RZ, Nr. 8, S.42. Zu deren Analyse siehe: Gürtler, Vereine, S.84-95.

99 Siehe RZ, Nr.7, S.33: J...s [Julius Stein]: Das Petitionsrecht nach der Verfassung vom 3. Februar; und S.36: Berlin. Ende Februar.

100 RZ, Nr. 8, S.46f.

101 Ebenda, S.46. Als Graeff eine Beleidigungsklage gegen die Redaktion einleiten wollte, outete sich Elsner als der anonyme Autor in Nr. 19, S.57.

102 Siehe RZ, Nr. 9, S.49: S.[emrau]: Graf Reichenbach und die ständische Wahlfreiheit.

103 Siehe RZ, Nr. 7, S.38.

Nach der Eröffnung und den ersten Verhandlungen verschwieg Stein nicht seine Enttäuschung. Man habe einen anderen Verlauf der Verhandlungen und vor allem ein entschiedeneres Auftreten der Opposition erwartet; angesichts der glänzenden Reden der führenden Oppositionsvertreter warnte er vor Hochmut.<sup>104</sup> Aber auch wenn nicht alles im Sinne der Opposition laufe, so bestehe der große Vorteil des Landtags doch darin, dass sämtliche Verhandlungen veröffentlicht werden. Dadurch wird „die politische Erziehung und Entwicklung des Volkes“ ungemein gefördert: Das ist „ein Fortschritt in der wirklichen Bedeutung des Wortes“; eben damit „beginnt eine neue Epoche in unserem politischen Leben“. In einer für eine Monatsschrift bemerkenswerten Breite und Ausführlichkeit wurde über den Verlauf der Landtagsdebatten informiert und wurden diese analysiert.<sup>105</sup> Die Redaktion hat zugleich nicht gesäumt, ihren Lesern die Deputierten sowie andere sich in Berlin aufhaltende Politiker der Opposition vorzustellen und die Rolle einzelner von ihnen besonders zu würdigen.<sup>106</sup>

Vor allem die Debatten der letzten Sitzungsperiode um die Steuerbewilligung, die Eisenbahnleihe und die Landtagsperiodizität fanden die ungeteilte Zustimmung der Zeitung. Jetzt wurden, so meinte Stein in einer abschließenden Analyse des Vereinigten Landtags,<sup>107</sup> die nach der anfänglichen Adressdebatte stark gedämpften Hoffnungen auf entschiedenen Widerstand gegen die Regierung doch noch erfüllt. Eine solche Konsequenz der Liberalen war schon nicht mehr zu erwarten gewesen.<sup>108</sup> Die Differenzen zwischen denen, die den Landtag wegen mangelnder Kompetenzen für inkompetent hielten und ihn daher ablehnten, und jenen, die sich auf dem Landtag die noch fehlenden Rechte erkämpfen wollten, seien in der Praxis der Verhandlungen dadurch überwunden worden, dass man sich auf den Standpunkt der Verweigerer stellte und die Regierungsvorlagen deshalb ablehnte, weil es sich beim Landtag eben noch nicht um „wirkliche Reichsstände“ handelte. Die Abgeordneten hielten „bei aller Verehrung für den Thron“ in beeindruckender Mehrheit „am Rechtsboden“ fest. Man fand jetzt die in der Adressdebatte vermisste „entschiedene Sprache. [...] Was damals versäumt wurde, haben die letzten Abstimmungen nachgeholt.“ Das lasse für die Zukunft hoffen. Ursprüngliche Wünsche der Presse: periodische Einberufung des Landtags, Wegfall der Ausschüsse, Kontrolle des Finanz-Etats, Ausdehnung des Petitionsrechts – das seien jetzt „Beschlüsse einer Versammlung des Adels, der Bürgerschaft, der Bauern, von Kaufleuten, Gewerbetreibenden und Beamten, die durchaus durch 10 Jahre Grundbesitz mehr als andere ans bestehende gefesselt

---

104 Siehe RZ, Nr. 9, S.48f. J ... s [Julius Stein]: Nur kein Hochmut.

105 Siehe RZ, Nr. 10, S. 56: Die Abstimmung über die Periodizität des Landtags; Nr. 11, S.59f.: Landtagsbriefe.

106 Siehe RZ, Nr. 9, S.49f.: Im Hotel de France in Berlin; Nr. 10, S.57f.: Charakteristik des Herrn v. Saucken-Carputschen und Zur Charakteristik des Herrn v. Vincke und des Herrn Peter Conze.

107 Siehe RZ, Nr. 10, S.56: J ... s [Julius Stein]: Hoffnungen und Aussichten.

108 Siehe ebenda: Landtagsglossen.

sind“. Besonders wichtig sei wegen der mobilisierenden Wirkung aufs Volk, aber auch auf die Verwaltung, die periodische Einberufung. Wäre das, was durch die Veröffentlichung der Verhandlungen an die Öffentlichkeit kam, der Zensur vorgelegt worden, nicht die Hälfte wäre stehen geblieben. Energisch verteidigte Semrau die Bedeutung des Landtags für die Entwicklung des politischen Lebens gegen seine Abwertung in der Berliner „Zeitungshalle“.<sup>109</sup>

Lediglich die strittige Entscheidung der Abgeordneten gegen die von der Regierung vorgeschlagene Abschaffung der Mahl- und Schlachtsteuer und die Einführung einer Einkommenssteuer fand vor allem unter dem Aspekt der negativen Wirkungen auf die unteren Schichten des Volkes ein geteiltes, eher kritisches Echo. Bei der preußischen Steuerfrage von 1847 handelte es sich um ein kompliziertes politisches Problem.<sup>110</sup> Da die Einkommenssteuer die armen Leute eher schonte und die Wohlhabenden stärker zur Kasse bat, setzte sich die sozial engagierte Opposition verständlicherweise für die Abschaffung der Mahl- und Schlachtsteuer ein, die in den Städten auf die notwendigen Lebensmittel, Getreide und Fleisch, erhoben wurde und die minder bemittelte Bevölkerung mehr belastete als die Vermögenden. Angesichts der Hungerunruhen hatte die preußische Regierung im April 1847 vor allem die Erhebung der – die Massen vor allem belastenden – Mahlsteuer ausgesetzt; zugleich hatte sie dem Vereinigten Landtag vorgeschlagen, die Mahl- und Schlachtsteuer durch die Einkommenssteuer zu ersetzen. Die Landtagsmehrheit aber hatte dies abgelehnt. Dahinter stand die feste Absicht, der Regierung solange keine finanzielle Hilfe zu gewähren, bis die bürgerliche Opposition selbst entscheidende politische Machtpositionen erhalten hat und dann über die Geldquellen verfügen bzw. über ein gewähltes Parlament darüber mitentscheiden konnte.

In ihrem Bemühen, in dieser Frage eine politische Position zu beziehen, neigte die „Ressourcen-Zeitung“ im Interesse der notleidenden Massen eher zur Kritik an der Landtagsmehrheit wegen deren Ablehnung des Regierungsvorschlags. Schon ein Jahr zuvor – Ende 1846 – war sie mit dem Argument, dass die Einkommenssteuer die notleidenden Massen finanziell entlasten würde, entschieden für die Abschaffung der beim Volk verhassten Mahl- und Schlachtsteuer und für die Einführung der gerechteren Klassensteuer eingetreten.<sup>111</sup> Dem entsprechend war zunächst auch ihre Distanz zum Landtagsbeschluss. Die Redaktion brachte sie zuerst dadurch zur Geltung, dass sie eine ausführliche, durchweg kritische Diskussion in der Magdeburger Bürgerversammlung dazu aus dem „Magdebur-

---

109 Siehe ebenda.

110 Dazu Hans Teschemacher: Die Einkommensteuer und die Revolution in Preußen, Tübingen 1912; Johannes Gerhardt: Der Erste Vereinigte Landtag in Preußen von 1847. Untersuchungen zu einer ständischen Körperschaft im Vorfeld der Revolution von 1848/49, Berlin 2007.

111 Siehe RZ, Nr. 2, S.6f.: In Betreff der Mahl- und Schlachtsteuer.

ger Wochenblatt“ übernahm.<sup>112</sup> Dann aber berief sich eine sarkastische Kritik an den teuren Festessen zu Ehren der in ihre Heimatorte zurückgekehrten Abgeordneten darauf, dass es angesichts der Unzufriedenheit der Arbeiter gerade nach Ablehnung der königlichen Proposition besser wäre, das Geld den Arbeitern zufließen zu lassen.<sup>113</sup> Und auch im Zusammenhang mit der fortbestehenden Salzsteuer, die ebenfalls vor allem die plebejisch-proletarischen Schichten traf, wurde dem Landtag – in einem aus dem „Wächter an der Ostsee“ übernommenen Aufsatz – die Nichtbeachtung der sozialen Frage vorgeworfen. „Die Majorität scheint [...] keine Ohren zu haben für die Not des Volkes und wenig geneigt, den auf den ärmeren Klassen lastenden Steuerdruck zu erleichtern.“<sup>114</sup>

Eine überzeugende politische Erklärung des komplizierten politischen Zusammenhangs, in dem die genannte Steuerproblematik im Kampf gegen eine reaktionäre Regierung stand, und damit eine gewisse Rechtfertigung der Haltung der Landtagsmehrheit in dieser Frage lieferte erst Eduard v. Reichenbach in einem speziellen Beitrag im Dezember 1847.<sup>115</sup> Auch er ließ keinen Zweifel daran, dass das alte Steuersystem eine schreiende Ungerechtigkeit gegenüber den kleinen Leuten war; er wies konkret nach, dass der Arme danach nicht nur relativ stärker besteuert wurde als der Reiche, sondern auch absolut mehr zu zahlen hatte. Wenn der Landtag dennoch, stellte er klar, die von Krone und Regierung vorgeschlagene Einkommenssteuer verworfen habe, so sei dies „aus höheren politischen Gründen“ geschehen und daher im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts legitim. Dahinter stand die Einsicht, dass ein Parlament zunächst die Macht über den Einsatz der Steuern besitzen muss, bevor es der Regierung ein neues Steuersystem genehmigt.<sup>116</sup> Und wenn die Städte aus gleichen Gründen bei der Mahl- und Schlachtsteuer blieben, so wären auch sie nicht zu tadeln. Gleichwohl sollte Breslau alles unternehmen, um Steuergerechtigkeit herzustellen, und sofort, „wenn die höheren politischen Verhältnisse es gestatten werden“, die Einkommenssteuer einführen. Mit dieser Stellungnahme reagierte v. Reichenbach auch auf eine Debatte, die – wie noch zu zeigen ist – im November 1847 in der Ressource selbst stattfand.

#### *Für ein Zusammengeben von Stadt und Land*

Hielt die Redaktion auch nicht viel von den ausufernden Festessen und anderen Feierlichkeiten anlässlich der Rückkehr der Landtagsdeputierten, so hat sie einem

---

112 Siehe RZ, Nr. 10, S.54-56 und Nr. 11, S.60: Mahl- und Schlachtsteuer.

113 Siehe RZ, Nr. 10, S.58: Hurra Hoch!

114 RZ, Nr. 14, S.78f.

115 Siehe RZ, Nr. 16, S.91: Ed. Graf Reichenbach: Zur Mahl- und Schlachtsteuer-Frage.

116 In gleicher Weise befürworteten auch Marx und Engels in den Debatten um den Vereinigten Landtag unter den deutschen Demokraten und Kommunisten die Verweigerung des Regierungsantrags auf Einführung der Einkommenssteuer. Siehe dazu Herwig Förder: Marx und Engels am Vorabend der Revolution. Die Ausarbeitung der politischen Richtlinien für die deutschen Kommunisten (1846-1848), Berlin 1960, S. 203-217.

Fest doch größere Aufmerksamkeit geschenkt, der Feier in Bösdorf. Dort hatten 80 „Wähler aus dem Rustikalstande des Neiße-Falkenberger Wahlkreises“ zusammen mit Beamten, Lehrern und Gutsbesitzern ihre aus Berlin zurückgekehrten Bauern-Deputierten willkommen heißen.<sup>117</sup> Hier traten zwei Demokraten, Dr. Borchardt aus Breslau und Eduard v. Reichenbach, als Redner auf. Borchardt hatte die Ständeauffassung des preußischen Staates angegriffen und ein Hoch auf die Zeit ausgebracht, in der nur noch von Menschen und Bürgern die Rede sein werde. Und als der sich provoziert führende Landrat die Versammlung verließ, rettete v. Reichenbach durch ein mit großem Beifall bedachtes Lob auf die Bauern-Deputierten und „die Selbständigkeit des Bauernstandes“ die Situation. Gegen die nun einsetzenden Verleumdungen beider Redner und die Leugnung der politischen Bedeutung dieser Zusammenkunft stellte die Redaktion klar, dass ihr eine weit größere Bedeutung zukomme als anderen Festessen dieser Art. Denn sie bewies, dass der Bauernstand gerade in politischer Bildung aufgeholt hatte; nicht zuletzt die Verhandlungen des Landtags hätten die Bauern „aus der Lethargie geweckt“. Mehr noch hätten sie gezeigt, dass „Abgeordnete des Bauernstandes [...] gerade zu den freisinnigsten gehören und in der vordersten Reihe der Kämpfer für den Fortschritt standen“ und Städter und Rustikale zusammen „das Volk vertreten und die Rechte des Volkes zu wahren gesucht haben“.<sup>118</sup>

Gegen den Vorwurf, es sei nichts für die Interessen der Landbevölkerung getan worden, wies der Autor nach, dass die liberale Presse der städtischen Opposition mit zahlreichen Forderungen wie der nach Einführung einer Landgemeindeordnung und Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit sehr wohl Landvolkinteressen ins Spiel brachte, damit aber nicht nur das Bewusstsein der Dorfbewohner gegen die bestehenden Zustände geweckt, sondern auch die Städter auf die bürgerlichen Probleme aufmerksam gemacht hatte. Und es war gerade v. Reichenbach, der auf diesem Wege voranging, auch bei der Aufhebung feudaler Lasten. In dieser Berichterstattung zeichnete sich am Vorabend der Revolution ein neu gewachsenes Verhältnis von Stadt und Land ab, nämlich das Bemühen städtischer demokratischer Elemente, bereits im Vormärz ein Zusammengehen von Stadt und Land im Kampf gegen die bestehenden politischen und sozialen Verhältnisse zustande zu bringen. Es fällt auf, dass dies in die gleiche Richtung ging, die der schlesische Kommunist und Marx-Anhänger Wilhelm Wolff zum gleichen Zeitpunkt von Brüssel aus über die „Deutsche-Brüsseler-Zeitung“ den deutschen Demokraten empfahl.<sup>119</sup> Schon vor der Revolution wurde sichtbar,

---

117 Siehe RZ, Nr. 12, S.66: Das Fest in Bösdorf; Nr. 13, S.74: Noch einmal das Bösdorfer Fest.

118 Ebenda, S.74.

119 Siehe Der Bauernstand und die politische Bewegung, in: Deutsche-Brüsseler-Zeitung, 1.8.1847, abgedr. in: Wilhelm Wolff. Aus Schlesien, Preußen und dem Reich. Ausgewählte Schriften. Hrsg. und eingel. von Walter Schmidt, Berlin 1985, S.151-155.



dass gerade die sich formierende schlesische Demokratie ein besonderes Augenmerk darauf legte, die Landbevölkerung in den Kampf gegen das herrschende halbfeudal-monarchische System einzubeziehen, was in der Revolution selbst – wie sich vor allem in der Gründung des provinzwweit wirkenden Rustikalvereins offenbarte – zu einem Wesenszug der Politik schlesischer Demokraten wurde.<sup>120</sup>

### *Frauenemanzipationsbestrebungen*

Auch auf einem anderen, bis dahin öffentlich noch ganz unbeachteten Feld der Politik, dem der Frauenemanzipation, erwarb sich die „Ressourcen-Zeitung“ ein besonderes Verdienst. Sie setzte sich erstmals in Schlesien mit der Stellung und Rolle der Frau in der Gesellschaft auseinander und engagierte sich dabei für deren politische und soziale Emanzipation. Ein bisher nicht bekannter, aber offensichtlich mit der dissidentischen christkatholischen Bewegung vertrauter, wenn nicht verbundener Autor eröffnete anonym mit zwei Artikeln im August und September 1847 diese Debatte.<sup>121</sup> Er beklagte zunächst, dass die Mehrheit der Frauen sich noch nicht an den „Staats- und Volksangelegenheiten“ beteiligte, sondern in ihrem Tun auf die „engen Schranken des häuslichen Familienlebens begrenzt“ blieb. Deshalb müsse „es vorerst noch Beruf vorurteilsfreier Männer [sein], die Aufgabe des weiblichen Geschlechtes in der Gegenwart auszusprechen“. Vor allem „um ihrer selbst willen“, aber auch im Interesse der Männer und vor allem der nachwachsenden Generation wegen müssten die Frauen dringend zu einer Teilnahme am öffentlichen Leben gelangen. Als einziges Mittel zu deren Befreiung erschien ihm – ganz im Geiste der Aufklärung, deren Prinzipien den ganzen Artikel durchdringen – die Bildung: „Die wahre Emanzipation geschieht durch wahre Bildung.“ Deshalb verlangte er, dass den Frauen ungehinderte, den Männern völlig gleichgestellte Bildungsmöglichkeiten sowohl in der Schule wie in der breiten Öffentlichkeit gewährt werden müssen. „Die Frauen müssen denselben Bildungsgang nachmachen, dieselben Stadien der Selbstbefreiung durchlaufen, um zum Verständnis der Zeit zu gelangen und zur Begeisterung für allgemeine Zwecke.“ Vor allem forderte er, die historische wie literarische Bildung wesentlich zu qualifizieren und zu verstärken. Die Beteiligung gebildeter Frauen an „den männlichen Bestrebungen des Sozialismus“, von denen „einige [...] schon auf das Feld der Literatur des Proletariats getreten“ seien, sowie das Frauenengagement „an den Bestrebungen des religiösen Fortschritts“ erschienen ihm als erste wichtige Schritte auf dem Wege der Frauenbefreiung.<sup>122</sup>

---

120 Dazu siehe Helmut Bleiber: Zwischen Reform und Revolution. Lage und Kämpfe der schlesischen Bauern und Landarbeiter im Vormärz 1840-1847, Berlin 1966, S.192; ders.: Rustikalverein in Schlesien 1848-1849, in: Helmut Bleiber/Walter Schmidt: Schlesien auf dem Weg in die bürgerliche Gesellschaft. Bewegungen und Protagonisten der schlesischen Demokratie im Umfeld von 1848, Erster Halbbd., Berlin 2007, S.271-280.

121 Siehe RZ, Nr. 12, S.66f. und Nr. 13, S.72f.: Die Stellung der Frauen.

122 RZ, Nr.12, S.67.

Tiefer lotete ein dritter Beitrag „Über die Ehe“<sup>123</sup> die entscheidenden Gründe für die bisherige Missachtung und Unterdrückung der Frauen in der Gesellschaft aus. Sie lägen, so heißt es hier, vor allem in den gesellschaftlichen Verhältnissen, ergäben sich aus den Wirkungen der Konkurrenz, die keineswegs frei sei, sondern vielmehr den Reichtum bevorzuge und die Frau nur zu einem Mittel im Konkurrenzkampf degradiere. Das liberale Prinzip der Konkurrenz, das sich seit der Französischen Revolution und in Preußen seit den Reformen verbreitet habe, mache die Ehe zu einem Privilegium der Reichen und zu einer „Lebensversicherungsanstalt“. Erst die Überwindung der Konkurrenzverhältnisse, die der Autor immer noch als Sache der Männer ansah, und eine „vollkommenere gesellschaftliche Ordnung“ würden der Ehe eine neue Grundlage geben und die Neigungsehe ermöglichen. Den Frauen, die über keine „äußerlichen Waffen“ in diesem Ringen verfügten, wies er indes nur die Aufgabe zu, die Gebrechen der Zeit zu begreifen und mit würdevollem Stolz auf die Missachtung ihrer Würde zu antworten. Sich selbst für gesellschaftliche Veränderungen zu engagieren, betrachtete er nicht als Sache der Frauen. Auch hier bliebe es Aufgabe des Mannes, „für das unterdrückte Weib das Wort zuführen.“

Mit dieser egozentrischen Männer-Dominanz brachen dann leidenschaftliche Stellungnahmen aus der Feder von zwei Frauen, von denen eine Wilhelmine Otto, die Ehefrau Julius Steins, gewesen sein könnte, die sich später als Jugendschriftstellerin einen Namen machte.<sup>124</sup> Beide Antworten bezeugen nachdrücklich das aufkeimende Selbstbewusstsein unter den gebildeten bürgerlichen Frauen Breslaus. Die Autorin des ersten Beitrags attackierte zunächst scharf und respektlos nicht nur den männlichen Verfasser als „grämlichen Demagogen“, den die Redaktion anmerkend in Schutz zu nehmen für notwendig hielt, sondern vor allem den Egoismus, die Vorurteile und die Selbstgerechtigkeit der Männer überhaupt, von denen Abertausende nicht anders als eine Frauenmehrheit ohne jegliche politische Bildung seien. Sie übersah nicht, dass es Frauen in der erzwungenen Konzentration auf die Familie in der Tat äußerst schwer hatten, sich politisch und sozial zu orientieren. Gleichwohl aber verwies sie auf schon hinreichend Beweise für politisches und soziales Frauen-Engagement in Frauenvereinen wie in den Bestrebungen der Deutschkatholiken und Lichtfreunde, wo Frauen bereits eine anerkannt aktive Rolle spielten. „Also auch die Frauen stehen nicht still mitten in dem Gewühl der die Männer belebenden und bewegenden Ideen, auch die Frauen wissen einzugreifen in die Schwingungen des mächtigen Rades der Begebenheiten.“<sup>125</sup> Nichtsdestoweniger bleibe es unter den herrschenden Verhältnissen Pflicht des Mannes, dafür zu sorgen, dass die Frau gleichberechtigt in die Sphäre des geistigen und politischen Lebens einbezogen werden

---

123 RZ, Nr. 14, S.77: G.: Über die Ehe.

124 Siehe RZ, Nr. 14, S.80: \*\*\*: Breslau, im Oktober. Eine deutsche Bürgerin.; Nr. 16, S.90f.: Eine Bürgerin Breslaus.

125 RZ, Nr. 14, S.80.

kann. „Verständnis für die Bewegungen der Gegenwart haben wir wohl, aber entfernt erst euren Egoismus, vernichtet erst eure Vorurteile und eure schroffen Ansichten, damit wir auch frei uns beteiligen können.“<sup>126</sup>

Die zweite Replik einer Breslauer Bürgerin geht einen wesentlichen Schritt weiter und wird praktisch. Es reiche nicht aus, die Situation zu beklagen und allein den Männern Verantwortung für die Frauenemanzipation zuzuweisen. Um das männlich dominierte Ausgeschlossensein der Frauen im gesellschaftlichen Leben, so etwa in der *Ressource*, zu überwinden, müssten die Frauen selbst aktiv werden: „Also selbst müssen wir Hand anlegen.“ Und in diesem Sinne schlug sie vor, eine selbstständige Frauenressource zu gründen und dafür ein Komitee zusammenzurufen. „Wir werden dann endlich unseren Männern auch geistig würdig zur Seite stehen, werden selber durch die Beteiligung an allen gesellschaftlichen höhern Vorkommnissen der Zeit einen erweiterten Kreis des Genusses uns bereiten.“<sup>127</sup> Ob es bis zur bald darauf ausbrechenden Revolution noch zur Bildung eines Frauenkomitees kam und die staatlichen Restriktionen überhaupt eine eigene Frauenressource zugelassen hätten, bleibt unbekannt. Indes offenbart diese Debatte, in der natürlich noch viele Fragen offenblieben, dass sich am Vorabend der Revolution in Breslau Männer und vor allem Frauen selbst über die Notwendigkeit der Frauenemanzipation zu verständigen begannen.

*Die soziale Frage in der „Ressourcen-Zeitung“ und in der Ressource*

Hatte seit September 1846 die „Ressourcen-Zeitung“ die Funktion wahrgenommen, politische und soziale Ideen auch in der *Ressource* zu verbreiten, während in dieser selbst – zumindest nach dem weitgehenden Schweigen im gesamten Breslauer Blätterwald, die „Ressourcen-Zeitung“ eingeschlossen, zu urteilen – kulturelle Veranstaltungen das Leben beherrschten und wahrscheinlich nur in kleinen Kreisen Politisches und Soziales zur Sprache kam, so änderte sich das im Herbst 1847 geradezu schlagartig. Den Auftakt dazu gab die Generalversammlung vom 12. Oktober, an der allerdings nur 200 der 1.774 Mitglieder teilnahmen.<sup>128</sup> Der Vorstand begründete in seinem Bericht über das abgelaufene Rechnungsjahr seine Entscheidung, angesichts der angedrohten Polizeiaufsicht auf Vorträge zu verzichten, und erhielt dafür die einhellige Zustimmung. Zugleich kam hier erstmals der Vorschlag zur Sprache, fortan das Königsberger Fragekastenmodell zu übernehmen, um der Beaufsichtigung durch die Behörden, aber auch einer Selbstzensur zu entgehen. Eine Kontroverse entwickelte sich um die Frage, wie mit dem Kassenüberschuss von 615 Talern verfahren werden sollte. Ein unverkennbar von Vertretern des sozial und demokratisch orientierten Flügels kommender Vorschlag, ihn hauptsächlich für wohltätige Zwecke zu ver-

---

126 Ebenda.

127 RZ, Nr. 16, S.91.

128 Siehe RZ, Nr. 14, S.80f.; SZ, 14.10.1847, S.2906.

wenden, verfiel der Ablehnung mit der Begründung, dass die Ressource kein Wohltätigkeitsverein sei. Bei den Wahlen blieb der alte Vorstand personell weitgehend bestehen, aber in die Reihen der Beisitzer wurden außer Stein nun mit Borchart, Semrau, Simon und Elsner mehrere politisch entschiedenere, demokratisch orientierte Mitglieder aufgenommen.

Anfang November begann man nach einem Beschluss des Vorstandes in der Ressource mit der „Aufstellung des Fragekastens“, um die schlecht besuchten Dienstagszusammenkünfte zu beleben,<sup>129</sup> und startete am 9. November damit, einen Teil der eingeworfenen 15 Fragen in der Versammlung zu erörtern.<sup>130</sup> Sofort wurde klar, dass nach dem Fragekastenprinzip unvermeidlich hochpolitische Fragen in die Diskussion gerieten. Auf die Frage, ob einer geschlossenen Gesellschaft überhaupt verboten werden dürfe, Vorträge zu halten, machte Borchart noch einmal entschieden Front gegen die Einmischungen der Regierung in das Leben der Ressource. Er sah – wie auch mehrere andere Redner – keinen Grund, weshalb in einer geschlossenen Gesellschaft nicht auch Vorträge gehalten werden dürfen. Um die Reorganisation der Bürgerwehr stritten sich Pinder, Linderer und der Handschuhfabrikant Jungmann, der dafür plädierte, dass sich die Wohlhabenden an der Bewaffnung der neu einzubeziehenden Schutzverwandten beteiligen sollten.<sup>131</sup> Und Heinrich Simon gab Antwort auf die brisante Frage, wie man mit gesetzlichen Mitteln Haussuchungen entgegentreten kann, womit ein Thema angesprochen war, mit dem mehrere Oppositionelle inzwischen ihre eigene Erfahrung gemacht hatten.

Besonders hoch und kontrovers ging es bei der Erörterung der Frage her, warum denn die Landtagsabgeordneten gegen die Einführung der Einkommenssteuer gestimmt hätten.<sup>132</sup> Tschocke, der selbst auf dem Landtag gewesen war, meinte, dass man der Regierung keinen Einblick in die Vermögensverhältnisse geben wollte und die Abschaffung der Mahl- und Schlachtsteuer nichts billiger mache. Allein Pinder kam auf den politischen Kernpunkt: Noch habe die Versammlung keine Kontrolle über die Verteilung der Steuern, was zunächst sicherzustellen sei. Stein konterte jedoch zur Recht, dass gerade dieses Argument auf dem Landtag leider keine Rolle gespielt habe, und erklärte sich unverändert entschieden für das Einkommens-Steuersystem; denn das jetzige System besteuere Arme wie Reiche gleich, während die Einkommenssteuer differenziere und den Armen einige Groschen mehr für ihren Lebensunterhalt gewähre. V. Reichenbachs kurz darauf veröffentlichte Erörterungen dazu – auf die bereits eingegangen wurde – waren ohne Frage eine Fortsetzung dieser Debatte. Damit war die Haltung zu den proletarischen Schichten und zur so genannten sozialen Frage in der Ressource unwiderruflich auf die Tagesordnung gesetzt.

---

129 Siehe SZ, 11.11.1847, S.3126.

130 Siehe RZ, Nr. 15, S.86: Der Fragekasten.

131 Siehe ebenda; SZ, 11.11.1847, S.3126.

132 Siehe ebenda; RZ, Nr. 15, S.86.

Die „Ressourcen-Zeitung“ hatte von Anbeginn keinen Bogen um die neuen sozialen Probleme gemacht. Der Einsatz der Redaktion für den Aufruf eines Komitees Breslauer Frauen (darunter die Ehefrauen von Borchardt, Graeff und Stein) zu Spenden für eine Weihnachtsbescherung armer Kinder im Winter 1846 mag noch unter reiner bürgerlicher Philanthropie verbucht werden.<sup>133</sup> Dahinter aber stand, wie spätere Artikel ausweisen, politisches Kalkül, denn ohne Beachtung der neuen, mit der Entstehung des Proletariats aufgekommenen und in Schlesien seit dem Weberaufstand evident gewordenen gesellschaftlichen Komponenten war auf Dauer nachhaltige, zumal demokratische Opposition nicht mehr zu machen. Zwar war es auf diesem Felde leichter als in den direkt politischen Fragen, Gesellschaftskritisches vorzutragen, da sich Kritik hier vornehmlich gegen die Bourgeoisie richtete. Gleichwohl scheuten sich Stein und Semrau nicht, auch in der sozialen Frage den bestehenden Staat massiv zu attackieren. In „Staat, Industrie und Armut“<sup>134</sup> wurde nicht nur über den „furchtbaren Kampf des Kapitals gegen die Arbeit, in welchem das größere Kapital stets das kleine verschlingt“, berichtet, sondern zugleich der bestehende Staat als angeblicher „Wächter über den Kräften der bürgerlichen Gesellschaft“ scharf kritisiert, untätig zu bleiben und nichts zur Beseitigung des sozialen Elends zu unternehmen. In liberaler Manier wurde dann allerdings als Königsweg gefordert, „durch politische Reformen“ „den Besitzlosen ihren Anteil am Staate zu geben, wodurch sie in die Klasse der Besitzenden aufgenommen und aufhören, dem Vollbürger gegenüber die Sklaven des christlichen Staates zu sein“. Es müssten „freie politische Institutionen vorangehen [...], ehe man die soziale Frage von einem richtigen und umfassenden Standpunkte betrachten kann“.<sup>135</sup>

Auch eine „Aufklärung“ über das Verhältnis von Armut und Proletariat<sup>136</sup> konzentrierte sich auf den Nachweis, dass dem Proletarier im „Rechtsstaat“ nur ein untergeordneter, nicht gleichberechtigter Platz zugewiesen sei. Für den Arbeiter sei in der Regel nicht nur Armut charakteristisch; zugleich und vor allem könne er wegen Mangels an Geld und Besitz nicht in den Status eines gleichberechtigten Vollbürgers gelangen: „Denn nicht die Arbeit, die das Kapital schafft, ist das Berechtete, sondern das Kapital, das Eigentum, der Besitz – das ist auch das Recht.“ Als „Hebamme der Proletariats“ wird in erster Linie die Konkurrenz qualifiziert, die „unter den bestehenden Verhältnissen [...] nichts anderes als ein mit liberalen Phrasen angestrichener Krieg aller gegen alle ums – Monopol“ ist und eine „ins Bodenlose zerrissene Gesellschaft erzeugt“, die auch die Verbrechen hervorbringt. Dagegen gäbe es als einzige Präventivmaßregel nur „die so-

---

133 Siehe RZ, Nr. 3, S.13 und Nr. 4, S.19: Die Christbescherung der armen Kinder.

134 RZ, Nr. 2, S.5f.

135 SZ, 7.4.1847, S.720.

136 Siehe RZ, Nr. 4, S.17: Einiges zur Aufklärung über die Begriffe Armut und Proletariat.

ziale Reform“.<sup>137</sup> Hatte sich die Redaktion anfangs zugleich mit Forderungen nach Witwenkassen und nach einer Arbeiterbank als Mittel zur Einschränkung der Not der kleinen Leute herumgeschlagen, wurde im Herbst 1847 der Ton entschiedener antikapitalistisch. Man orientierte auf Eintracht und gemeinsames Handeln der Arbeiter, um die Macht des Kapitals einzuschränken oder zu brechen,<sup>138</sup> und informierte sogar über die Erhebung der englischen Arbeiter von 1842 und die gegenwärtigen Kämpfe der Chartisten, um Arbeiterdeputierte ins Parlament zu bringen.<sup>139</sup>

Kein Wunder, dass man seit Aufnahme der Fragekasten-Debatten im November 1847 auch in der Ressource selbst daran ging, einem hochaktuellen Problem oppositioneller Politik auf den Grund zu kommen: wie nämlich eine Verbindung zwischen Bürgerschaft und arbeitender Klasse hergestellt und gestaltet werden muss. Linderer konstatierte bei der schon genannten Debatte zu den Fragen aus dem Fragekasten am 9. November erst einmal, dass die Arbeiter an dem noch fehlenden Zusammengehen von Bürgerschaft und Arbeitern keine Schuld tragen. Denn diese seien zwar noch ungebildet, aber für das öffentliche Leben durchaus aufgeschlossen. „Der Geist des Volkes ist unverdorben.“<sup>140</sup> Senior Kraus, vor allem aber der demokratisch orientierte Maler Hoyoll forderten, „den Aristokratismus der gegenwärtigen Gesellschaft zu bekämpfen“.<sup>141</sup> Daran anknüpfend hielt Borchardt um Unterstützung des Frauenvereins bei deren Bemühungen an, für arme Kinder der Stadt Weihnachtsgeschenke zu organisieren.<sup>142</sup> Gegen eine starke bürgerliche Minorität setzten sich die Befürworter dieser sozialen Geste bei der nächsten Dienstagszusammenkunft am 16. November mit dem Argument durch, dass man auf diesem Wege die Kluft zwischen Bürgerschaft und Arbeitern mindern helfen wolle.<sup>143</sup> Eine solche Aktion wurde nicht zuletzt auch deshalb für dringend nötig erachtet, um der konservativen Propaganda Paroli zu bieten, wonach das Bürgertum der Arbeiter eigentlicher Feind sei. Die Bürgerressource müsse dagegen nachweisen, dass sie das Elend der Arbeiter nicht nur genau kenne, sondern auch bereit sei, ihm abzuhelfen. Daraufhin wurde beschlossen, dass die für die Unterstützung von Armen bereitgestellten 500 Taler nicht nur der Unterstützung von Proletariern dienen, sondern auch verarmten Handwerkern zugute kommen sollten.

Die Haltung gegenüber der armen Bevölkerung der Stadt, ob aus Proletarierkreisen oder aus dem verarmten Handwerk, verschwand nicht mehr aus den Diskussionsrunden der Ressource. Am 23. November wurde eine Sammlung für arme

---

137 RZ, Nr. 10, S.53f: Grieben: Bleistiftstriche.

138 Siehe RZ, Nr. 13, S.73: Offener Brief an den Herrn Schlossermeister Busch in Hameln.

139 Siehe ebenda, S.74f.: Das englische Proletariat und sein Kampf.

140 SZ, 11.11.1847, S.3126.

141 Ebenda.

142 Siehe ebenda.

143 Siehe SZ, 18.11.1847, S.3186.

Kinder veranstaltet, „nicht nur für Proletarier, sondern auch für arme Bürger“, und danach über die „jetzige Öffentlichkeit“ der Beratungen der Stadtverordnetenversammlung debattiert, zu der, wie der Kaufmann Karl Eduard Laßwitz betonte, die schlesische Presse das ihre beigetragen hatte.<sup>144</sup> Ende November beriet man über den Nutzen eines zu gründenden Gesellenvereins, wollte eine Bürger-Witwen-Kasse ins Leben rufen und regte an, die älteren Ärzte von der Armenbetreuung zu entlasten und jüngere Mediziner stärker damit zu betrauen.<sup>145</sup> Dafür engagierte sich vor allem der Armenarzt Dr. Pinoff. Die scheinbar etwas abwegige Frage aus dem Kasten, warum Intellektuelle so selten als Redner aufträten, nutzte Pinoff am 21. Dezember, um „abstraktes Gelehrtentum“ und die „empfindliche Aristokratie der Intelligenz“ zu attackieren, die, so meinte er, gegenüber der Aristokratie des Geldes immer befürchte, sich etwas zu vergeben.<sup>146</sup> Pinoffs Stellungnahme war die eines Sozialisten, der gegen die Abgehobenheit der Intellektuellen gegenüber dem einfachen Volk anging und sie überwinden wollte.

Als sich die Ressource im Januar 1848 speziell mit der Lage des Handwerks beschäftigen wollte, verlangte Pinoff, die Frage breiter anzugehen und nach Mitteln und Wegen zu suchen, um vor allem „das Proletariat in den lebendigen Organismus der Gesellschaft aufzunehmen“.<sup>147</sup> Auch die Debatten um den „Betrieb der Industrie in Zuchthäusern“ am 28. Dezember hatten eine soziale Komponente.<sup>148</sup> Zwar wurde anerkannt, dass die Häftlinge auf diesem Wege sich ein kleines finanzielles Polster für die Zeit nach der Entlassung verschaffen könnten; doch wandte sich die Mehrheit dagegen, weil dadurch den freien Arbeitern Lohn und Brot genommen würde. Auch pädagogische Themen kamen zur Sprache. Eine recht heftige Diskussion entspann sich um die Frage, ob die Prügelstrafe als notwendiges Erziehungsmittel zu akzeptieren sei.<sup>149</sup> Stein war bereit, sie als „hilfreiches letztes Mittel“ anzuwenden und entsprach damit durchaus der überwiegenden Mehrheit der Versammelten, die recht unwirsch reagierte, als Borchardt und ein Dr. phil. Laux die Prügelstrafe grundsätzlich ablehnten. Schließlich befasste man sich auch mit der auf dem ständischen Ausschuss aufgeworfenen Forderung, die Todesstrafe abzuschaffen.<sup>150</sup>

Als ein Dauerthema auch in der Ressource erwiesen sich an der Jahreswende 1847/48 die Probleme, mit denen sich der „Verein zur Erziehung armer Kinder“ herumschlug und bei denen sich Soziales und Pädagogisches gleichsam verbanden. Der Verein war 1844 im Gefolge von Wilhelm Wolffs Kasemattenartikel

---

144 Siehe SZ, 25.11.1847, S.3246.

145 Siehe ebenda.

146 Siehe SZ, 23.12.1847, S.3516.

147 SZ, 27.1.1848, S.213.

148 Siehe SZ, 30.12.1847, S.3557.

149 Siehe SZ, 23.12.1847, S.3516.

150 Siehe SZ, 27.1.1848, S.213.

entstanden und segelte nach dem Austritt von Wolff und der Beseitigung des Begriffs Proletarier aus dem Vereinsnamen im Fahrwasser bürgerlicher Wohltätigkeit.<sup>151</sup> Zahlreiche Mitglieder der Ressource waren auch in diesem Verein aktiv, in dem Julius Stein eine führende Rolle spielte. Im Oktober 1846 hatte sich (mit hoher Wahrscheinlichkeit) Stein in einem Artikel der „Ressourcen-Zeitung“ mit der Erziehung und Bildung von Kindern aus dem Proletariat beschäftigt und gegen andere Formen der Betreuung armer Kinder in Kleinkinder-Bewahranstalten, Freischulen und Waisenhäusern den „Verein zur Erziehung armer Kindern“ positiv hervorgehoben und „die Aufmerksamkeit der Ressource auf diesen wichtigen Verein“ gelenkt.<sup>152</sup> Darum ging es dann im Grunde auch in den Diskussionen der Ressource im Januar 1848. In Vorbereitung auf eine Ende Januar 1848 einberufene erneute Generalversammlung des Vereins kamen dessen Probleme auch in der Ressource zur Sprache. Graeff bemängelte die zu geringe Beteiligung von Bürgern an dem Verein, was dessen Bemühungen enge Grenzen setze.<sup>153</sup> Aufgeworfen wurde auch die Frage nach der Art und Weise, in der die Erziehung der Kinder erfolgen sollte. Der Divisionsprediger Dr. Rhode plädierte, gestützt auch auf Erfahrungen in Frankreich und von Fröbel in Zürich, für die Einrichtung einer Lehr- und Erziehungsanstalt für diese Kinder auf dem Lande. Man erhoffte sich ein stärkeres Engagement der Bürger, um die Mittel dafür zusammenzubekommen. Doch wurden auch generelle Zweifel an der Zweckmäßigkeit eines solchen Vereins geäußert.

#### *Attacken der Demokraten gegen die Bourgeoisie*

Um die Jahreswende 1847/48 kristallisierte sich innerhalb der Ressource und in der Stadt Breslau deutlicher eine demokratische Fraktion heraus und profilierte zugleich ihr soziales, antikapitalistisch-antibourgeois determiniertes Profil. Ein Anzeichen dafür war augenscheinlich auch die Umwandlung der „Ressourcen-Zeitung“ in eine neue Monatsschrift, der der Herausgeber und Redakteur Semrau den Namen „Der Staatsbürger“ gab. Sie sollte freilich, wie es im Vorwort der ersten Ausgabe hieß, „dieselbe Tendenz verfolgen“ und „wird gegen jede politische und soziale Unterdrückung für den Fortschritt in Staat und Gesellschaft mit Entschiedenheit auftreten“.<sup>154</sup> Sie wollte, „inmitten der anderen politischen Organe Schlesiens ziemlich allein“ dastehend, „alleiniges Organ der freisinnigen Partei unserer Provinz“ sein. Mit Stein, Simon und v. Reichenbach arbeiteten zusammen mit Semrau vor allem Breslauer Demokraten mit.<sup>155</sup> Man ging in dem

---

151 Dazu Walter Schmidt: Wilhelm Wolff. Sein Weg zum Kommunisten 1809-1846, Berlin 1963, S.173-177.

152 RZ, Nr. 2, S.6: J...s [Julius Stein]: Die Erziehung im Armenhause.

153 Siehe SZ, 27.1., S.213 und 29.1.1848, S.229.

154 Stb, Nr. 1, S.1.

155 Siehe Ed. Gr. Reichenbach: Zur Würdigung der Einkommensteuer, in: Stb, Nr. 1, S.1-3; ders.: Das deutsche Schöffengericht von Friedrich Gottfried Leue in: Stb, Nr. 2, S.24f.; J. Stein: Über Erziehung der armen Kinder in Familien und im Armenhause, in:



neuen Blatt mit den politischen Umständen auch beträchtlich schärfer als in der „Ressourcen-Zeitung“ ins Gericht.<sup>156</sup> Die Namensänderung kann wohl als eine stärkere Distanzierung der demokratischen Elemente von der liberalen Mehrheit der Ressource angesehen werden.

Bereits seit Herbst 1847 war in der „Ressourcen-Zeitung“ größerer Wert als zuvor darauf gelegt worden, die große Bourgeoisie von der Bürgerschaft, dem normalen Besitzbürgertum schärfer abzugrenzen.<sup>157</sup> Man unterschied bei der Beantwortung einer Fragekasten-Anfrage den Kaufmann, Fabrikherrn und Unternehmer, der die Industrie fördert und für Wohlstand im Lande sorgt, vom „lebendigen Geldsack“, einem Bourgeois, der nichts mehr leistet und nur sein Vermögen verprasst.<sup>158</sup> Politisch eindeutiger war eine Untersuchung der Rolle von Leihämtern, Sparkassen und Sparvereinen. Die für Besitzlose eingerichteten Institutionen könnten nicht zweckmäßig wirken, wenn diese nicht darüber bestimmen könnten, sondern das Sagen nur die Besitzenden haben, die stets nur ihr eigenes Interesse im Auge hätten.<sup>159</sup> Der Redakteur verallgemeinerte dazu in einer Anmerkung, dass dies auch für andere Institute zuträfe und schloss mit der klareren weitreichenden Schlussfolgerung: „Der Bourgeois will zwar gleiche Rechte mit den *über* ihm Stehenden; aber er will nicht, dass die *unter* ihm Stehenden gleiche Rechte mit *ihm* haben sollen.“<sup>160</sup> Stein ging in seinem ersten Artikel im „Staatsbürger“ noch einen Schritt weiter und verband seine Aufforderung ans Bürgertum, sich um das Schicksal des Proletariats und um seine Eingliederung in die offizielle Gesellschaft zu kümmern, mit einem direkten Angriff auf die Bourgeoisie.<sup>161</sup> Sie sollte, betonte er warnend, schon „aus Eigennutz, aus Selbsterhaltungs-Trieb hier mit allen ihren großen und reichen Mitteln eingreifen und dem Proletariate entgegen arbeiten“. Die Gefahren könnten für sie in Deutschland noch größer werden als in England und Frankreich, „weil wir kein Parlament, kein Assoziationsrecht, keine freie Presse, keine Einkommensteuer und endlich keine Millionen haben, die England jetzt in Irland verschleudern muss“, womit er wieder die rein politische Ebene als entscheidendes Argument ins Spiel brachte.

Mit Stein, Semrau und Reichenbach gingen am Vorabend der Revolution auch Teile der führenden Ressourcen-Verantwortlichen auf deutliche Distanz zur großen Bourgeoisie. Es ist zwar nicht zu verkennen, dass man immer noch bei –

Stb, Nr. 1, S.3-6: Heinrich Simon: Einige Gedanken aus dem alten Buche: „Welt und Zeit“, in: Stb, Nr. 1, S.7-9, Nr. 2, S.22-24; ders.: Berichtigung, in: Nr. 2, S.29; A. Semrau: Die Not in Schlesien, in: Stb, Nr. 2, S.25f. und 30f.: Aphorismen.

156 Siehe Stein, Über Erziehung.

157 Siehe RZ, Nr. 14, S.82.

158 Siehe RZ, Nr. 16, S.91: Welcher Unterschied waltet zwischen einem reichen Manne und einem lebendigen Geldsack?.

159 RZ, Nr. 16, S.92: H...l [Hoyoll ?]: Leihamt, Sparkasse, Sparvereine.

160 Ebenda, S.92.

161 Siehe Stein, Über Erziehung.

teilweise illusionären – liberalen Postulaten blieb. Doch die sozialen Widersprüche der kapitalistischen Entwicklung drängten zunehmend nach links hin zur Kritik an der großen Bourgeoisie und am großbürgerlichen Liberalismus und führten eine Gruppe von führenden Ressourcemitgliedern auf demokratische Positionen. Sie verstanden sich als Interessenvertreter nicht allein des kleinen, noch über Eigentum verfügenden Bürgertums, sondern auch und zunehmend klarer vor allem des sogenannten „vierten Standes“, der proletarischen Schichten. Am klarsten reflektiert diese spezifische Position der Breslauer demokratischen Fraktion ein mit hoher Sicherheit von Semrau verfasster Artikel „Was ist die Bourgeoisie?“<sup>162</sup> Auch hier dominiert die Unterscheidung zwischen Bourgeoisie und Bürgerschaft: Wie alle Klassen ihren Pöbel besitzen, der Adel also das Junkertum, so sei „die Bourgeoisie [...] der Pöbel der Bürgerschaft“. Als Kennzeichen des Pöbels in allen Gesellschaften wird der „Mangel an Bildung“, an wahrer Bildung begriffen. Spezifisches Merkmal des bourgeoisen Pöbels, der an die Stelle des zuvor bevorrechteten Adels getreten sei, sei der Egoismus und das Privilegium. Wie der Adel auf die Geburt, so sei die Bourgeoisie stolz auf ihr Vermögen; „wie der Adel den dritten Stand verachtete, so die Bourgeoisie jetzt den vierten, den Stand der Arbeiter; die Leibeigenen des Adels sind Fabrikarbeiter der Bourgeoisie geworden“. Die Bourgeoisie habe die Macht, besetze die Ministerien und hohen Staatsstellen. Humanität, Freiheit und gleiches Recht seien für den Bourgeois nur eitle Chimären. Ihren eigenen Ursprung vergessen zu haben, sei ihr größter politischer Fehler. Sie begreife nicht, dass der vierte Stand der neuen Monarchie gefährlicher geworden sei, als der dritte der alten jemals war. Der vierte Stand sei inzwischen zu Bewusstsein gekommen; ihm fehle nur noch ein Sieyes, der erkläre, was der vierte Stand war, ist und sein will. Diese Stellungnahme atmet unübersehbar demokratischen Geist; der Hauptstoß der Argumentation richtet sich gegen bourgeois-liberale Begrenzungen der in Deutschland noch bevorstehenden gesellschaftlichen Wandlungen zur bürgerlichen Gesellschaft. Sie verlangt die uneingeschränkte Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der arbeitenden Klassen bei der Neugestaltung der Gesellschaft, verfißt also konkret die Interessen der links von der Bourgeoisie stehenden nichtbourgeois Klassen und Schichten im Kampf gegen die bestehenden halbfeudalen Zustände. Diese Klassen sollen – wider die Pläne des bourgeois Liberalismus – als Gleichberechtigte in die bürgerliche Gesellschaft integriert werden.

Fasst man die Stellungnahmen der Jahreswende 1847/48 zusammen, dann hatte das politische Konzept der Breslauer Demokraten gegenüber den sogenannten sozialen Unterschichten am Ende der Vormärzperiode drei politische Kernpunkte zum Inhalt.

*Erstens:* Um im Kampf gegen die Adelherrschaft den rechtlosen „vierten Stand“, die plebejisch-proletarischen Massen in die Oppositionsfront einzubeziehen,

---

162 \*\*: Was ist die Bourgeoisie?, in: Stb, Nr. 1, S.9f.

attackierten sie offen den großbourgeois Liberalismus, weil er nicht bereit war, mit dem arbeitenden Volk zusammenzugehen, und ihm vielmehr schlankweg die bürgerlichen Rechte und Freiheiten verweigerte, die er selbst zugestanden haben wollte.

*Zweitens* rückten die Demokraten gerade die Gewährung dieser politischen Rechte für das bisher politisch rechtlose Volk in den Mittelpunkt ihrer Politik. Nur auf diesem Wege, so ihre Überzeugung, konnte der „vierte Stand“ in die sich neu etablierende Gesellschaft integriert werden. Dabei hofften sie, dass dadurch auch die sozialen Ungerechtigkeiten zumindest gedämpft und die Konflikte der bürgerlichen Gesellschaft auf jeden Fall gemildert, wenn nicht gar vermieden werden könnten.

*Drittens*: Eine Wahrnehmung der politischen und sozialen Interessen durch die Arbeiter selbst – eine wirkliche Arbeiteremanzipation – stand nicht auf ihrer Agenda. Die Selbstbefreiung der Arbeiter war für die Breslauer Demokraten kein Thema. Arbeiteraktivitäten sollten politisch in das Ringen um die bürgerliche Neugestaltung strikt eingeordnet werden und nicht darüber hinausgehen.

Da dieses Konzept die politischen Alleinvertretungsansprüche der Großbourgeoisie direkt in Frage stellte und politische und indirekt natürlich auch soziale Interessen der arbeitenden Schichten zur Geltung brachte, trug es eindeutig demokratische Züge, war ein demokratisches Programm, konnte jedoch den weiterreichenden sozialen Ansprüchen der ausgebeuteten proletarischen Schichten nicht gerecht werden.

Offenen Widerstand von unten im Kampf gegen das alte Regimes zu empfehlen war angesichts der Zensur sicher nicht möglich. Direkte Aktivitäten der einfachen Leute zu fördern, das entsprach aber zumindest am Vorabend der Revolution auch (noch) nicht dem Konzept der demokratischen Elemente in der Ressource. Den direkt sozialen Bedürfnisse des Proletariats begegnete man nach wie vor als bürgerliche Politiker, allerdings in wachsendem Maße von eindeutig demokratischer Warte aus; sie sollten – in dieser Konzeption – vor allem durch die Verwirklichung politischer Reformen im Sinne der bürgerlichen Demokratie befriedigt werden. Der vierte Stand war in diesem Politikverständnis immer noch nur ein passives Element und als politischer Akteur, sofern dies später ins Kalkül ziehen war, wohl nur unter bürgerlich-demokratischer Hegemonie zu akzeptieren. Gleichwohl deuten diese neuen Momente im Denken und Handeln führender Breslauer Oppositionspolitiker darauf hin, dass sich am Vorabend der Revolution bereits nicht zu übersehende Übergänge von liberalen zu demokratischen Positionen vollzogen hatten und sich in der Ressource bereits ein entschieden demokratischer Flügel ausbildete, der nach dem 18. März 1848 in Breslau das Heft in die Hand nahm und die politische Entwicklung in der schlesischen Kapitale und in der ganzen Provinz weitgehend prägte.

Die Geschichte der Breslauer städtischen Ressource endete nicht im Vormärz; sie reicht, wie inzwischen dargestellt,<sup>163</sup> über die Revolution von 1848 hinaus bis in die Periode der deutschen Reichseinigung. Die Ressource überstand die Abspaltung von 1849, als sich die liberalen Kräfte eine eigene „Konstitutionelle Ressource“ schufen. Von dieser trennten sich 1852 in einer „Neuen städtischen Ressource“ jene, die der Politik gänzlich den Rücken kehrten. In der Revolution eroberten die Demokraten die Führung in der Ressource, doch verlor diese in der Vielzahl der nun entstandenen prononciert politischen Vereine, in denen sich unterschiedliche politische und soziale Interessen offen und frei artikulieren konnten, ihre bisherige einzigartige Funktion bei der politischen und sozialen Mobilisierung der Stadtbewohner. In der nachmärzlichen Reaktionsperiode gewann die Ressource nach der Unterdrückung der politischen Vereine jedoch wieder an Gewicht als der neben der „Neuen-Oder-Zeitung“ vielleicht wichtigste organisatorische Rückhalt der Breslauer Demokratie. Ein von der Polizei reflektierter „Exzess“ von 1855 bezeugt, dass die Demokraten nach wie vor das Sagen hatten. Der „als Demokrat berichtigte Graf Eduard von Reichenbach“ warf gemeinsam mit dem „vormaligen Lehrer Dr. Stein“ den als „Reaktionär“ benannten Wit v. Döring Mitte Februar 1855 aus dem Narrenfest der Ressource, was Reichenbach die erneute Ausweisung aus Breslau und dem Vorstand eine drohende Warnung einbrachte.<sup>164</sup> Und als sich seit Ende der fünfziger Jahre die politische Bewegung in Preußen wieder neu belebte, nahm die Breslauer städtische Bürger-Ressource unter weit günstigeren politischen Rahmenbedingungen als im Vormärz ihre „alte“ Rolle als Organ politischer Meinungsbildung und Selbstverständigung oppositioneller politischer Strömungen in der schlesischen Metropole wieder wahr.

---

163 Siehe hierzu Gürtler, *Vereine*, S.373-405.

164 Siehe GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 356 Nr. 5, Bd. 1: Die an öffentlichen Orten in der Stadt Breslau stattgehabten Ruhestörungen und Exzesse. Bl. 7, 10.